

Die „**Wolfswocht**“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kioskschreiber zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Wolfswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anzeigengebühren: Setzgebühren für die erste Zeile des Tages. 25 Pfennige, für den Rest des Tages 15 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 30.

Freitag, den 16. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Marokko — eine Kriegsgefahr?

Wie auf Kommando sind am letzten Sonnabend und Sonntag die bürgerlichen Blätter des deutschen Reiches mit der Behauptung aufgetreten, Frankreich habe die Vereinbarungen mit Deutschland, die zur Konferenz von Algieras führten, gebrochen oder es schiede sich doch an, einen solchen Bruch zu vollziehen.

Ein Teil der Pariser Presse, von dem man sagt, daß er der Regierung nahestehe — und die Regierung offiziell — Zusammenhang bestreitet — hat dieser Tage den Wunsch ausgesprochen, Frankreich möge auf der Konferenz fordern, daß ihm die Reorganisation der Polizeigewalt in Marokko übertragen werde. Und tatsächlich haben auch die französischen Konferenzteilnehmer in den vertraulichen Beratungen, die über die heikle Polizeifrage geführt wurden, Einrichtungen gewünscht, von denen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, sie würden Frankreich „ein absolutes Übergewicht für die Ausübung von Polizeibefugnissen in ganz Marokko auch in dem Falle sichern, daß es, um den Anschein eines faktischen Protektorats zu vermeiden, in einigen Bezirken die Wahrnehmung ähnlicher Befugnisse durch Spanien dulden will.“ Mit anderen Worten, der Vorschlag Frankreichs geht dahin, daß ihm und Spanien die Ausübung der Polizeibefugnisse in Marokko übertragen werden solle.

In diesem Vorschlag — zu dessen Inhalt man sich stellen mag, wie man will — soll nun nach der Behauptung der deutschen bürgerlichen Presse ein Bruch der deutsch-französischen Vereinbarungen liegen. Und warum? Frankreich, sagt sie, habe in jenen Vereinbarungen zugestanden, daß die Polizei in Marokko außerhalb des algerischen Grenzgebiets international eingerichtet werden solle. Wenn Frankreich jetzt die Polizei für sich (und Spanien) verlangt, so sei das ein Bruch der Vereinbarungen, die zur Konferenz von Algieras geführt hätten. Diese Behauptung ist, wie wir sofort nachweisen werden, eine absolute Fälschung.

So schreibt die „Vossische Zeitung“, um nur eine Lesart dieser Fälschung herauszugreifen, wörtlich das Folgende:

Jedenfalls ist durch die Vereinbarung ausgeschlossen, daß Frankreich auch außerhalb der Grenzen gegenwärtig diesen Anspruch, so hieß das nichts anderes, als daß es sich von den Verpflichtungen, die es eingegangen ist, einseitig löst. In allen Erörterungen über die Polizeifrage in der französischen und englischen Presse wird seit längerer Zeit die Vereinbarung vom 28. September mit stillschweigender Übergang, obwohl sie doch im französischen Götterbuch auf Seite 26, im deutschen Weisbuch auf Seite 38 im Wortlaut abgedruckt ist.

Was steht nun auf Seite 306 des Weisbuchs? Als erste Aufgabe wird da bezeichnet:

Organisation, par la voie d'accord internationale, de la police hors de la région frontalière;

was das deutsche Weisbuch auf Seite 38 zwar etwas verschwommen, aber immer noch deutlich genug überseht:

International zu vereinbarende Einrichtung der Polizei außerhalb des Grenzgebiets;

was aber völlig genau überseht heißen müßte:

Organisation der Polizei außerhalb des Grenzgebiets auf dem Wege internationaler Vereinbarung.

Für jeden, der lesen kann, heißt das: Die Konferenz von Algieras soll sich mit der Organisation der Polizei innerhalb des französisch-marokkanischen Grenzgebiets nicht beschäftigen, sie soll aber darüber beraten, wie die Polizeifrage im übrigen Marokko geregelt werden soll. Die deutsche bürgerliche Presse behauptet aber jetzt auf einmal, es sei durch die deutsch-französische Vereinbarung schon entschieden, daß alle Mächte sich in den Einfluß auf die marokkanische Polizei teilen sollen! Es sei beschlossen worden, die Polizei international zu organisieren. Das ist eine vollkommen unsinnige Fälschung; denn die deutsch-französischen Vereinbarungen sollten doch bloß die Tagesordnung der Konferenz festlegen, keineswegs ihr aber im voraus diktiert, welche Beschlüsse sie fassen müsse.

Wenn Deutschland mit dem Vorschlag, die Polizei an Frankreich und Spanien zu übertragen, nicht einverstanden ist, so kann es auf der Konferenz von Algieras seine Stimme gegen ihn erheben, seine Gründe gegen ihn geltend machen und ihm seine Zustimmung verweigern. Ob eine solche Haltung, die Deutschland in Gegensatz zu allen anderen Mächten setzen und tiefe Erbitterung wecken würde, ein Flug wäre, ist eine Frage für sich — formal berechtigt ist sie aber auf jeden Fall. Deutschland kann aber, ohne sich mit einer jauchenden Züge zu beschämen, nicht behaupten, daß Frankreich die Grenzen seiner Berechtigung überschreite und überkommene Verpflichtungen verletze, wenn es auf der Konferenz einen solchen Antrag stelle. Die Vereinbarung vom 28. September hat die Antragsfreiheit Frankreichs in keiner Weise beschränkt.

Der offenkundige Zweck jener groben und offenkundigen Fälschung ist, im deutschen Volke jene „patriotische Stimmung“ wachzurufen, die der Militarismus für sein Schlichterhandwerk braucht. Man versucht, eine erlaubte Forderung Frankreichs, die man, wenn man will, auch mit erlaubten Mitteln bekämpfen kann, als Treulosigkeit, Wortbruch und Verrat hinstellen, und durch solche freche Lügen die teutonische Brut wider den Erbfeind zu entfachen, die ohne solche künstliche Anreizung — um des jämmerlichen marokkanischen Brodens willen — ganz gewiß nicht entbrennen würde.

Ähnlich war es in und nach Ems. Damals ging das deutsche Volk auf den Bismarckschen Weim. Mag es sich im Jahre 1906 mehr vorsehen!

Ueber den „gordischen Knoten“, der bisher eine Einigung der Mächte nicht erzielen läßt, wird der „Magdeburger Volksstimme“ aus Paris geschrieben:

„Die schwierigste Frage, der Knoten, den die Diplomatenhände entwirren sollen, um zu verhindern, daß er mit dem Schwert durchhauen wird, ist die Regelung des marokkanischen „Polizeidienstes“. Diese „Polizeifrage“ ist in Wirklichkeit eine Militärfrage. Es ist schon gesagt worden, daß der Handelsverkehr infolge der inneren Unruhen gelitten hat und daß er bedeutend mehr noch zurückgehen dürfte, wenn nicht gründlich reorganisierend eingegriffen würde. Dazu genügt aber nicht, daß eine Staatsbank unter internationaler Kontrolle eingerichtet wird, daß das Zoll- und Steuerverwesen geregelt, die Wassereinfuhr unterlagert wird, sondern es muß auch für die Sicherheit des Warentransportes gesorgt werden. Delcaffee verlangte zu diesem Zweck die Einstellung französischer „Polizeioffiziere“, mit anderen Worten, die Uebertragung der marokkanischen Militärverwaltung an Frankreich. Es ist begreiflich, daß der Sultan hiergegen auf das energischste wehrte. Er hätte jedoch schließlich Deutschland sich eingemischt und die Sache des marokkanischen Sultans zur Setzen gemacht hätte.

Nun steht die Sache so: Eine Regelung des Sicherheitsdienstes muß erfolgen, darüber sind alle einig, aber jeder bisher gemachte Vorschlag verletzt entweder die Interessen Frankreichs oder Deutschlands — Pardon! Marokkos. Deutschland hat im Interesse einer Handelskapitalisten — denn um die fragwürdige Unabhängigkeit des muslimischen Sultans zu wahren, wäre die Langerreise sicherlich nicht erfolgt — die als Lohn für die Unterstützung des Sultans sich profitable Privilegien versprechen, die Forderungen des Sultans unterstützt. Genosse Jaures hat nur vor einigen Tagen den Vorschlag gemacht, die Regelung des Sicherheitsdienstes den Marokkanern selbst zu überlassen, unter der einzigen Bedingung, daß im Budget alljährlich eine bestimmte Summe ausgeworfen wird. Diese Lösung wäre sehr einfach. Ich glaube jedoch kaum, daß die französische Regierung darauf wird eingehen können. Ueberläßt man dem Sultan, ganz nach seinem Gutdünken zu handeln, nur daß er die „Polizei“ bezahle — was er bisher nicht getan hat —, so wird der Sultan jedenfalls sich europäische Instruktoren kommen lassen, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Daß diese Instruktoren keine französischen sein würden und daß diese „Regelung des Polizeidienstes“ sich zum letzten Ende gegen Frankreich das heißt Algerien richten würde, kann von vornherein angenommen werden.

Nun ist auch von einer internationalen Polizei gesprochen worden, wie sie zum Beispiel auf Kreta

Stefan vom Grillenhof.

Roman von W. Rautsch.

Stefan hatte seine Briefe hatten Valerie erschüttert. Sie zitterte jetzt nicht mehr für sich, sie zitterte für ihn. Sie fürchtete für seine Gesundheit. Er hatte ihr geschrieben, daß er das Wiederherbekommen habe; wie er dazu gekommen, habe er verschwiegen, ihr aber nicht nichts von seinem Verhältnis zu Professor Schwarz erzählt, ebensowenig von seiner mißlichen pekuniären Lage; sie hätte nicht, wie schlamm es mit ihm stand, aber nachdem sie seine Erkrankung erfahren, überkam sie bange Zweifel ob einer glücklichen Lösung. Sie mußte, daß Ende Juli die Prüfung war, und sie bedankte sich nun in gespannter Erwartung, wie er sie bestehen werde; er hatte seit vierzehn Tagen nicht mehr geschrieben, sie hatte keinerlei Nachricht, und auch Hans mußte nichts von ihm. In diese Zeit fiel die Ankunft Oswalds, und sie fragte sich oft, wie es möglich sei, daß sie, Stummer und Sorge für Stefan im Herzen, doch noch für Unterhaltung und Zerknirschung Sinn haben, ja, daß sie Stunden der Fröhlichkeit durchleben, daß sie scherzen und lachen könne und Augen habe für all die kleinlichen Vorurteile ihrer Umgebung. Sie argerte sich dann über sich selbst und machte sich Vorwürfe, aber im ganzen war ihre Stimmung nicht allzufehr alteriert. Heute erst war es über sie gekommen wie Sturm und ihr Taubengemüt war aufgewühlt worden in allen seinen Tiefen.

Es war früh am Morgen. Sie hatte nur erst ganz flüchtig sich angesehen: Mama schlief noch und Papa machte sich den Part; sie ging nach dem Salon, die Fenster zu öffnen und den frischen Morgenluft Einlaß zu gewähren. Sie sah ein wenig hinaus, wie das so ihre Gewohnheit war, blickte auf die Straße und auf die Wälder und Berge am fernen Horizont, und präparierte einem herrlichen Tag. Durch ein Gellengel an der Tür ward sie aus ihren behaglichen Witterbeträchtungen gestört. Wer kam so früh? Sie hörte; sie vernahm eine flehe Stimme, — es war der Briefträger. In der Tat trat Babette gleich darauf, einen Brief in der Hand, herein. Valerie langte darnach und schaute aufmerksam auf das Briefchen und die Adresse. Er kam von Stefan und war an den Herrn Hauptmann adressiert. „Der ist von der Tante“, sagte sie ihr zu und wollte damit rasch in das andere Zimmer, um ihn dem Papa zu übergeben. Da winkte ihr Babette, sie möge dies unterlassen, und gegen die Eingangstür schreitend, flüsterete sie ihr zu: „Die Gärtnerin Mandl ist auch da, sie ist zugleich mit dem Briefträger gekommen, und sie hat mir gesagt, sie möchte mit Ihnen, gnädiges Fräulein,

sprechen, aber allein und ungestört, sie hätte Ihnen was zu übergeben.“

Valerie verließ sich. „Die Mandl?“ flammte sie ganz verblüfft. Sie war ihr seit einem Jahre kaum einmal begegnet, die Mandl war ihr ja absichtlich aus dem Wege gegangen; es mußte ein Ereignis von Wichtigkeit sein, das sie herbeibrachte. Sollte es — mit Stefan in Verbindung sein? Sie fühlte sich sehr bekommen. „Wo ist sie?“ fragte sie Babette ebenfalls leise.

„Nach vor der Tür, sie wollte nicht hereingehen, ich sollte Sie zuerst benachrichtigen.“

„Es ist gut, ich will sie sehen.“

Aber wie sie jetzt, noch immer den Brief in der Hand, nach dem Vorderzimmer wollte, vernahm sie die Stimme ihres Vaters aus dem Nebenzimmer. „Was ist's denn, Valerie, wer war hier?“

Sie blieb erzitternd stehen. „Papa, ein Brief von der Tante, Babette bringt Dir ihn.“ Sie übergab ihr denselben, und diese, die Situation wohl verstehend, trat unverweilt bei dem Herrn Hauptmann damit ein.

Valerie huschte in das Vorhaus. Mandl kam ihr entgegen: einen Augenblick standen sich die beiden Mädchen stumm gegenüber, dann nahm Valerie Mandl an der Hand und führte sie in die Küche, deren Tür sie abschloß. „Was bringen Sie mir, Mandl?“ Sie nannte sie nicht mehr Du.

„Einen Brief von Stefan Grillenhof.“ Sie zog ihn unter ihrem Taube her und reichte ihn hin.

Valerie war sehr blaß geworden. „Er ist hier, er hat ihn Ihnen selbst übergeben?“

„Es wird wohl alles drinnen stehen, was Sie wissen müssen, lesen Sie ihn, — ich soll auf Antwort warten.“

Valerie erbrach ihn mit zitternden Händen, sie ließ sich in einen Stuhl niederfallen, als ob ihre Füße sie nicht tragen würden, und sie lag in großer Bewegung und Aufregung. Er hatte ihr das Schlimmste nicht verschönt, er hatte ihr all sein Glück mitgeteilt, alles, was sie wissen mußte, und das er nichts mehr zu erwarten, nichts mehr zu hoffen habe, daß er sie nur einmal noch sehen müsse, ein einziges, letztes Mal, und zwar an demselben Ort, wo sie die ersten Schritte getauft und wo sie glücklich gewesen. Er werde sie gegen Sonnenuntergang in der Ruine Höhenweg erwarten. Würde es ihr möglich sein, zu kommen? Sie dürfe ihm diese letzte Zusammenkunft nicht verweigern, er glaube ein heiliges Recht darauf zu haben, und er werde sie erwarten, wie seine letzte Freude, sein letztes Glück.

Valerie brach in einen Strom von Tränen aus, sie schluchzte leise, dann suchte sie sich zu fassen; sie wollte die Mandl nach ihm fragen, nach seinem Aussehen und Befinden;

als sie aber nun die weinenden Augen zu ihr aufschlug und den selbstbetäubend forschenden Blick der Mandl begegnete, da regte sich's auch in ihr wie Groll. Diese Unendlichkeit sagte sie zu sich immer? — Selbst jetzt, wo Stefan krank und gebrochen zurückkehrte, aller Hoffnungen bar, und wo sie um ihn vor Stummer zusammenbrach, ward diese gegen sie nicht milder gestimmt, nicht teilnahmender; o, es mußte eine recht böse, verwilderte Kreatur sein, sie wollte auch weiter nichts mit ihr zu tun haben.“

Sie erhob sich. „Ich werde kommen, sagen Sie das.“

„Ich danke Ihnen“, erwiderte Mandl. Sie grüßte hierauf kurz, öffnete selbst die von innen verriegelte Tür auf und ließ hinaus.

Valerie brach jetzt abermals in Tränen aus. Unter fortwährendem leisen Schluchzen begann sie das Papier in kleine Stücke zu zerteilen, in immer kleinere, die sie dann, zum Fenster hinaus haltend, den Winden preisgab. Sie vermochte jetzt erst, ihre Gedanken zu sammeln. Was konnte sie den Eltern sagen, welchen Grund angeben für ihre Tränen und ihr verklärtes Aussehen? Wird sie ihren Kummer verbergen können? Und heute, wo sie zum Mittagessen bei der Gräfin geladen waren, konnte sie zurückbleiben? Und wenn sie auch ein Unwohlsein vorrückte, wird man sie dann allein lassen? Wird Papa nicht bei ihr bleiben wollen, oder Mama?

Alle diese Fragen drängten sich ihr in rascher Folge auf, aber sie fand die Beantwortung für keine einzige. Sie fühlte nur, daß sie diese Begegnung nicht verweigern dürfe, daß sie kommen müsse. Verlangte nicht auch ihr eigenes Herz danach? O, gewiß, sie wollte Stefan wiedersehen, und sie hätte es für das härteste Mißgeschick gehalten, wenn sie daran verhindert würde. Sie mußte deshalb alle Hindernisse beseitigen und ihm entgegenstellen, der um sie gelitten und gekämpft hatte und der nun krank, gebeugt, unfähig zu weiterem Ringen, sehr Hoffen aufgegeben und all sein Glück. Durste sie ihn auf's neue darin ermutigen, seine Hoffnungen neu beleben? Sie wollte es nicht, aber sie wollte ihm wie ein Engel des Trostes erscheinen, milde und sanftigend; ihr Anblick — sie fühlte es — würde ihm Sonne bringen, ihre Worte voll tröstlicher Teilnahme ihn enttäuschen für alle Unbilben und alles Leid. Aber sie? — Ueber sie bräche das Leid dann erst voll herein, und wenn sie ihn krank sieht und kummervoll, welche Schanden würde ihr das bringen, welche Qual? Wird sein Unglück nicht dann auch das ihre? Sie beginnt zu weinen, sie steht sich vor dem Stummer, der ihr bisher noch nicht ernstlich nahe getreten war, aber sie sagt sich wieder und wieder, sie könne nicht anders, sie liebe ihn ja doch und sie werde ihn immer lieben, und sie bricht dabei in neue Tränen aus.

(Fortsetzung folgt.)

Die bürgerlichen Parteien und das allgemeine Wahlrecht.

Im Reichstage stand die Fortsetzung der ersten Beratung unseres Wahlrechtsantrages auf der Tagesordnung. Erster Redner war Genosse Debel. In einer schwingend und temporendemotivollen Rede, in der neben dem tiefen Ernst auch der Humor nicht zu kurz kam, hielt er den bürgerlichen Parteien das Spiegelbild ihrer Angstmeter vor, erinnerte die Bourgeoisie an ihre revolutionäre Vergangenheit und verspottete die schlotternden Wasserwanzen-Gesellen, wie sie sich in Jugendsprache auf den Bänken der Nationalliberalen und Freisinnigen hingen. Sturmische Heiterkeit erregte es, als Genosse Debel dem Berliner Polizeipräsidenten seine Anerkennung aussprach und dabei in glücklicher Wendung auf ein Handzettelchen Bezug nahm. Unser Fraktionsredner verfasste dem Grafen Pofabotsky durchaus nicht das Lob, welches dieser ernste Staatsmann, den ein ungerechtes Geschick zum Stellvertreter eines Spahibogels gemacht hat, verdient. Um so schlimmer ist es für Deutschland, daß selbst sein aufgekärtestes Regierungsmittglied, eben Graf Pofabotsky, seine Wegerechtschaft gegen die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts bekämpft und das in demselben Augenblick, wo in Ungarn ein in der Wolle gefärbter Junker und Offizier, der General Peyerbars, zur Ausdehnung des Wahlrechts schreit. — Die folgende Debatte fand schnell von der Höhe herab. Der famosse hanseatische „Republikaner“ Klugmann stammelte klägliche Verlegenheitsphrasen; der alte Mecklenburger Nationalliberale Bösling wurde gar poetisch und gab Kaffhäuserphantasien zum besten. Statt sich mit der aktuellen Frage des Wahlrechts zu befassen, sein Fraktionsgenosse aus Hamburg, Semler, feteelte das Geschichtsbuch als historische Eigentümlichkeit der Elbstadt, wie der obertrifische Junker v. Maljan für die historischen Eigentümlichkeiten des Landes mit dem Ochsenwappen eintrat. Beklagte Dr. v. Hegele in gewohnter Weise und Liebermann v. Sonnenberg weinte blutige Tränen über die armen Vollenjunker. Der Richterlinger Müller-Sagan rief sich kräftig an einer ganz belläufigen Bemerkung Debel. Einigermaßen kräftig sprach Dr. Pachtke von der Freif. Vereintigung, der darauf hinhin, daß Mecklenburg hinter Montenegro und Persien marschiert, und der elbäische Demokrat Dr. Blumenthal, der die schwarzen Listen der reichsständlichen Behörden erwähnte. Diese schwarzen Listen erklärte alsdann der Geheimrat Halle für eine notwendige reichsständliche Institution. Die zweite Lesung unseres Antrages findet am nächsten Mittwoch im Plenum statt; am Vespere Donnerstag dagegen steht die Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern auf der Tagesordnung.

Ausland.

Eine verurteilte Forderung des Kronprinzen von Schweden. Der Reichsmarschall ersuchte in der vorigen Woche den Finanzminister, für eine Erhöhung der Anapage des Kronprinzen zu sorgen, die in dem Budgetentwurf, der bereits dem Staatsrat vorgelegt ist, zur Veranlassung vorliegt, wie bisher auf 270,000 Kronen festgesetzt ist. Au dem Schreiben des Reichsmarschalls wurde angedeutet, die Gehaltszahlung des Kronprinzen sei durch den Fortfall der normalen Anapage, die nur in geringem Grade für rein norwegische Zwecke gebraucht worden sei, in eine „strenge Lage“ gekommen. Inzwischen hat der König im Staatsrat erklärt, er wünsche nicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Reichsstaat ein Vorstoß auf Erhöhung der Kronprinzlichen Anapage vorgelegt werde. Er scheint also nicht recht freigebig zu sein von der kümmerlichen Lage seines ältesten Sohnes. — Uebrigens ist es ein merkwürdiges Geschehnis, daß die Guder, die das arme Norwegen Jahr für Jahr für den „norwegischen“ Kronprinzen aufbrachte, größtenteils von dem „schwedischen“ Kronprinzen in Schweden verpulvert wurden.

Parteibildungen in Transvaal. Die Berichte, welche von Transvaal kommen und in englischen Blättern veröffentlicht werden, lassen darauf schließen, daß es dort bald zu ereuerten politischen Parteilämpfen kommen wird. Die Arbeiterpartei wächst stänbig, sie hat namentlich durch die englischen Wahlen neuen Schwung erhalten. Den Kapitalisten treten die Arbeiter, die Buren und die Responsible entgegen. Die letztere setzt sich zusammen aus Mittelstandselementen, welche die sofortige Einleitung einer selbstständigen, verantwortlichen Regierung fordern. Die Verhältnisse im Norden sind so, daß Dr. Bull, ein Mitglied des gesetzgebenden Rats, in einer Rede mit Recht sagen konnte: Die Situation in Transvaal sei nicht mehr zu lenzen durch die Worte: Buren gegen Engländer, sondern sie charakterisieren sich vielmehr dahin: Schädlichkeit der Bergwerksbesitzer gegen das übrige Transvaal.

Partei-Angelegenheiten.

Noch einmal die „Rurustia“-Interpellation und die mangelfaste Reaktion der Reichsopposition. Gleich und hatte auch die „Rurustia“ die Frage gestellt, weshalb der Fraktionsführer nicht durch rechtzeitige Benachrichtigung für eine genügende Erklärung der Fraktionsmitglieder gesorgt habe. Darauf schreibt nun der Sekretär, Genosse Brunwald, unserm Fraktionsführer: „Wozu ist Gewicht legen, wenn Sie erfahren, daß telegraphische Einladungen der Fraktionsmitglieder zu Sitzungen durch das Bureau des Reichstags, nach Auftrag vom Fraktionsvorstande, amtlich erfolgen, eine besonders schnelle und vor allem auch eine für die Fraktionen kostenswerte Methode. Ich habe gar nicht die Möglichkeit, damit etwas zu tun zu bekommen; im vorliegenden Falle hätte ich aber auch selbst wenn solche Möglichkeit vorgelegen hätte, sie nicht ausnutzen können — da ich vom Moskwa bis Witteburg infolge eines starken Influenza-Anfalls das Bett hüten mußte.“ Damit ist festgestellt, daß den Genossen Brunwald im vorliegenden Falle kein Verschulden trifft. Wir rechnen gern davon Notiz und wünschen nur, daß der Fraktionsvorstand in Zukunft für rechtzeitige Benachrichtigung des Reichstagsbureaus sorgt.

Genosse Dr. Erdmann hat seine Stellung als leitender Redakteur der „Reinischen Zeitung“ gekündigt; er tritt Ende Juni aus der Redaktion aus, bleibt jedoch als Mitarbeiter weiter für die „Rein. Bl.“ tätig.

Die Parteiorganisation in Frankfurt a. M. hat nach dem toben von Parteifaktoren eine Anzahl von 2620 aufzuweisen. Am 1. Januar 1905 betrug dieselbe 2018, noch ein Jahr früher 1446. Es ist also ein Aufschwung um 1200 Mitglieder zu verzeichnen, von dem auf jedes Jahr 600 entfallen.

Ein Strafverfahren wurde gegen den Genossen Hermann Wendel, Redakteur an der „Chemnitzer Volksstimme“, von der Dresdener Staatsanwaltschaft eingeleitet. Wendel wird als Verfasser eines Artikels über Garantiolagare angeklagt, der Mitte vorigen Jahres in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ erschien. Genosse Niem von der „Sächs. Arb.-Bl.“ erhielt wegen desselben Artikels schon im November vorigen Jahres sechs Monate Gefängnis.

Arbeiterbewegung.

Eine neue Erklärung der Textil-Industriellen. In der Textil-Industrie soll die Streiklausel jetzt allgemein eingeführt werden. Eine vorwiegende Lage von der Handels-Verband der deutschen Textil-Industriellen einberufenen Versammlung von Vertretern der deutschen Textilindustrie sprach sich einstimmig dahin aus, daß die Durchföhrung der Streiklausel als bedenkliches Mittel zur Stärkung der Position der Unternehmer erscheine. Es wurde als wünschenswert bezeichnet, allgemeine Grundsätze für die Gestaltung der Streiklausel und das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aufzustellen. Die Versammlung sprach sich ferner dahin aus, daß die den Industriellen von den Arbeiterorganisationen „aufzuzwingen“ Ausforderungen in gleicher Weise zu behandeln seien wie die Streiks. — Für die Textilarbeiter bedeutet dieser neueste Beschluß der Textilindustriellen nicht als einen erneuten Antriebs, sich zu organisieren, um allen Unternehmergefahren gegenüber gewappnet zu sein.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Februar.

Glänzender Erfolg durch einen Boykott!

Aus Götting wird gemeldet: Eine Einigung zwischen den vereinigten Göttinger Saalbesitzern, dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, dem Gewerkschafts-Paritätell und der Lokalkommission wurde nach dreistündiger Verhandlung am Dienstag Abend erzielt. Der Boykott wurde durch einstimmigen Beschluß der Vertreter der Arbeiterkraft sofort aufgehoben.

Breslauer Arbeiter, laßt Euch diesen Erfolg ein Ansporn zu andauernder Tätigkeit sein!

Die schwarze Volkswachstnummer.

die ehemals den Preisenauktion enthielt, der dem Genossen Ebbö ein Jahr Gefängnis einbrachte, ist in Leipzig von der dortigen „Volkswachstnummer“ als Kulturdokument im Schaufenster öffentlich ausgestellt worden. In Breslau wird sie noch nach Jahrzehnten unter Glas und Rahmen in den Gewerkschaftsbureaus zu bewundern sein. Eine Anzahl dieser Kulturdokumente ist noch im Gewerkschaftshaus zu haben.

Eine neue Polizei-Aktion gegen den Gemeindearbeiter-Verband.

Wenn wir gestern schrieben, daß es so aussähe, als wolle man dem Verbande der städtischen Arbeiter energisch ans Leben, so wird das heute aufs neue bestätigt. Bei dem vom Oberbürgermeister Bender gemahregelten Gemeindearbeiter Reichelt erschienen nämlich heute früh 7 Uhr zwei Polizisten, um eine Haussuchung bei ihm abzuhalten. Was die Beamten eigentlich wollten, gaben sie trotz wiederholten Fragens nicht an, ebenso wie sie auch nicht in der Lage waren, einen richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Befehl zur Haussuchung vorzuzeigen. Trotzdem war Reichelt gutmütig genug, die Beamten hereinzulassen, schon weil er glaubte, der Oberbürgermeister vermüde Dynamit-Bomben oder einen gestohlenen Gasometer bei ihm. Die Haussuchung war eine sehr gründliche. Sämtliche Papiere, Zettel, Bücher, Notizbücher, Schubkästen, Essen und Winkeln des Hauses wurden durchsucht. Wonach die Polizisten aber suchten, war einfach nicht zu erfahren! Sogar die Papiere Reichelts wurden durchsucht, obwohl laut Gesetz das nur mit Erlaubnis des Inhabers zulässig ist.

Nun kann zwar die Polizei eigenmächtig eine Haussuchung vornehmen, aber laut Strafprozeßordnung nur:

- I. bei Straftatverdächtigen Personen sofern:
 1. Straftatverdacht vorliegt, Gefahr im Verzuge und
 2. zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Ergreifung einer strafbaren Person oder Auffindung von Beweismitteln führen werde.
- II. bei unbeteiligten, nicht verdächtigen Personen, wenn:
 1. Straftatverdacht vorliegt, Gefahr im Verzuge und
 2. Erarbeitung des Beschuldigten bezweckt wird, oder
 3. Spuren strafbarer Handlungen verfolgt werden, oder
 4. Beschlagnahme bestimmter Gegenstände bewirkt werden soll;

wenn außerdem entweder:

für die Vermutung, daß die Durchsuchung das erwartete Ergebnis haben werde, bestimmte Tatsachen sprechen, oder aber wenn:

ein Raum durchsucht werden soll, in welchem der Beschuldigte bereits ergriffen ist, oder den er während der Verfolgung betreten hat, oder in welchem eine unter Polizeiaufsicht stehende Person wohnt oder sich aufhält.

Nichts von alledem trifft auf das Opfer des Oberbürgermeisters zu! Weber hat er eine Straftat begangen, noch ist er bisher irgendwie „verdächtig“ geworden. Man hat deshalb auch trotz vielen Suchens nichts, rein gar nichts gefunden. Auch diese große Polizeiaktion ist wieder verpufft, wie schon so viele vor ihr. Und der Gemeindearbeiter-Verband wird weiter blühen und gedeihen, trotz des Eifers, mit dem ihn Oberbürgermeister und Polizei verfolgen!

Wie uns kurz vor Schluß der Redaktion noch mitgeteilt wird, hat auch bei den übrigen fünf Opfern des Herrn Oberbürgermeisters eine Haussuchung stattgefunden. Bei einem der Gemahregelten gab der Beamte an, nach Betteln zu suchen, worauf gedruckt sei:

„Bürgermeister,
Freimaurer,
Schweinherd.“

Herr Bender scheint sich durch die Zeitel, von deren Vorhandensein die Gemahregelten keine Ahnung hatten, getroffen zu fühlen, weshalb man anscheinend ein Verfahren wegen Verleumdung zu inisieren gedenkt. Ober sucht man etwa noch Material für die seit gestern stattfindenden Zeugenvernehmungen in Sachen Magistrat gegen Bürger vom Gemeindearbeiter-Verband?

* Wichtig für alle Krankenkassen-Mitglieder!

Am Sonntag, den 18. Februar 1906, Vormittags 11 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und der Mitglieder (Arbeitgeber wie Arbeitnehmer) statt. In derselben soll definitiv Stellung genommen werden zu der Verschmelzung der hiesigen Kranken-

lassen in eine gemeinsame Krankenkasse. Das Referat hat der Vorsitzende des Zentralverbandes der Krankenkassen im Deutschen Reich, Genosse Reichsbevollmächtigter Julius Fröhlich, übernommen. Massenhafter Besuch ist deshalb dringend notwendig!

Die Köpfer und Osenfelder beschloßen in ihrer Mittwoch-Abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung, den bestehenden Tarif zu kündigen, um einen neuen und verbesserten Tarif zur Einführung zu bringen. Der Beschluß wurde von der dort befindlichen Versammlung einstimmig gefaßt. Die Kündigung erfolgt am 17. April bei der 1. April. Ueber die Situation im Gewerbe gibt eine vorzunehmende Bankenkontrolle Auskunft. Es wurden 128 Banken gezählt, in denen schätzungsweise 8188 Sted Deuten zu errichten sind. Vor zwei Jahren wurden 140 Banken gezählt, doch war die Zahl der zu errichtenden Banken damals nur 840 Sted. An Bauvorhaben lagen vor zwei Jahren 70 vor, in diesem Jahre sind es deren 78. Das Bild ergibt, daß die Konjunktur eine bessere ist als vor zwei Jahren. Die Banken wurden zuletzt noch aufgefordert, sich in Anbetracht der bevorstehenden Bewegung ihre Mitgliederbücher in Ordnung zu halten.

Roberts. In der unter dieser Epithete in der Mittwoch-Rammer gehaltenen Sitzung wurden wir folgende Anträge von U. A. der seinen Namen aber nicht zu veröffentlichen wünscht: „Es ist unwahr, daß ich auf dem Berliner Plage einen Invaliden angempöht habe. Ich kam vielmehr mit einem Fahrrad vom Striegauerplatz gefahren, woeichst mir vor dem Feuertisch am Boyer die Patrone ausging. Zufolge dessen füß ich ab, um mich zu machen, als ein Mann aus dem Lokal kam und mir tuergerhand erklärte, ich sei verrückt. Ich erwiderte ihm dasselbe. Wir getieten in Wortwechsel, und packten uns. Durch den Krum kam der Wirt mit einem Ohlzengiermer und brachte sich noch einen Mann mit, welche nun drei Mann hart über mich herfielen. Als ich sah, daß ich mich der Leute nicht mehr erwehren konnte, ließ ich mich nach meinem Bruder. Dieser kam mir zu Hilfe und bekam auch sofort einen Schlag auf den Kopf, daß das Blut herausströmte. In Wut darüber geraten, hat er wohl nach dem Messer gegriffen, daselbe aber nicht geöffnet, sondern nur mit dem Dornis zugeschlagen. Und in dieser Zeit kamen die Frauen, aber nicht vorbei, sondern auch aus genanntem Restaurant, die eine schlug nach mir und ich verlegte ihr deshalb einen Stoß mit der Faust.“

Aus Schlesien und Posen.

Ein obereschlesischer Musterpolizist.

Gleitwitz, 14. Februar. Wegen Unterschlagung im Amte war der Kassassistent Gustav Thiel der ersten Strafkammer angeklagt. Thiel wurde im Oktober 1895 als Polizeikassassistent in Gleitwitz angestellt. Seit dem Jahre 1902 wurde er der Kriminalabteilung zugeordnet, wo er fast ausschließlich mit dem Ermittlungsverfahren in Strafprozessen beschäftigt war. Der Angeklagte hatte in den letzten drei Jahren eine größere Schuldensia auf sich gebürdet. Er wurde von den Gläubigern sehr bedrängt, und als er schließlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, warnten sich einige an seine vorgesetzte Behörde. Um dem Drängen seiner Gläubiger einigermaßen zu genügen, ist der Angeklagte einige Male bei seiner Behörde um Vorstufungsalungen eingelommen, die ihm zum Teil bewilligt wurden. Auch von anderen Beamten hat er öfters kleinere Geldbeträge geliehen. Der Angeklagte hatte als Beamter der Kriminalabteilung für die Verwahrung der Akten die Sorge zu tragen. Die Aktege beschuldigt nun Thiel, daß er in einigen Fällen die von Diebstählen aktenierten Geldbeträge nicht an die Staatsanwaltschaft abgeführt, sondern für sich verwannt habe. Außerdem soll der Angeklagte auch eigenmächtig in Ermittlungsverfahren bei der Vernehmung der Beschuldigten und Zeugen zwischen beiden Parteien Vergleiche geschlossen haben, auch in solchen Fällen, wo eine Zurücknahme des Strafverfahrens gesetzlich unzulässig war. Die gezahlten Schadenersatzansprüche oder Einnahmegerhöre hat er unterschlagen. Insgesamt sind es sechs Unterschlagungsfälle, die dem Angeklagten zur Last gelegt wurden. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Der Hehler des Bankrotts Ruffer.

Die Görtlicher Strafkammer verurteilte den ehemaligen Rentkurenverwalter Kaufmann Albert Feldmann wegen fortgesetzter Untreue, Betrug und einfaches Bankrotts zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Sechs Monate gehen durch die Unteruchungshaft für verbißt. Er hatte als Verwalter der Konturde Weipwalderer Firmen etwa 250,000 Mark veruntreut und der Tuchfabrik Ruffer und Sohn in Stegitz geliehen. Durch die Nachforschungen des Verurteilten war bekanntlich die Firma Ruffer u. Sohn in Konturs geraten.

Neueste Nachrichten.

Bestärkte Küstenkräfte.

Amerikanische Mütter veröffentlichten Telegramme aus Guayaquil, denen zufolge sämtliche kolumbischen Küstentkräfte die zwischen Tamaco und Buenaventura durch Kintwelen, die durch die jüngsten Erdbeben verursacht waren, zerstört worden sind. In der Nähe von Tamaco wurden 70 Leichen gefunden.

Die Gegenrevolution.

In der Wohnung eines Dresdener Arbeiters in der Gabelnstraße in Moskau wurde gestern ein revolutionäres Komitee, das gerade eine Sitzung abhielt, verhaftet. Fünf Personen, unter ihnen auch Studenten und eine Studentin, wurden festgenommen und die vorzufundenen Schriftstücke beschlagnahmt.

Bei Peking in Sibirien wurde ein Plott von sechs Dragonern von Bewaffneten angegriffen. Drei Dragoner wurden verwundet, auf Seite der Angreifer wurde ein Mann getötet. In Kasan hat eine Militärabteilung vier Revolutionäre erschossen und zwei gefasst.

Mittwoch drangen einige Leute in die Wohnung einer jüdischen Witwe in Riga ein und töteten deren Dienersin. Darauf ermordeten sie die Witwe, plünderten die Wohnung und brachten sich dann in Sicherheit. Die „einige Leute“ werden wohl Kofaken gewesen sein!

Das Kriegsgericht hat zwei Personen wegen verachteter Ermordung von Kofaken zum Tode durch den Strang verurteilt. Zwei andere Personen wurden wegen gewalttätiger Ermordung von Polizeibeamten ebenfalls zum Tode verurteilt.

Russisches Verfallungsrecht.

Dieses wird berichtet: Der Reichstag hat ein neues Gesetz angenommen, welches über die Abhaltung von Versammlungen Bestimmungen trifft. Das beschlossene Gesetz vom 26. Oktober 1905 wird abgeschafft. Das neue Gesetz bestimmt, daß Versammlungen von Wählern ersten Grades ohne Anwesenheit eines Vertreters der Polizei stattfinden können, nur muß die Polizei vorher benachrichtigt werden. Die Wähler zweiten Grades sind beauftragt, sich ohne Anmeldung bei der Polizei zu versammeln. Das neue Gesetz soll nächste Woche verhängt werden.

Stadensamtliche Nachrichten.

Geschlossene II. Wählermessen Wilhelm Belgelov, Wittigshaus, Preis Breslau, mit Gertraud Wille, ev., Brunnenstraße 29. — Bahnarbeiter Berthold Roman, ev., Pöschstraße 8, mit Anna Roman, lat., Köhlerstraße 15. — Schlosser Karl Schnappe, ev., Rottenstraße 14, mit Maria Schnappe, lat., Rottenstraße 14. — Kaufmann und Fabrikbesitzer Robert Wildner, ev., Brunnen-

Stroß 2, mit Eva Bräuner, latb., Zimmerstraße 22. — Schneider Hermann Kadz, latb., Anguststraße 28, mit Verba Kula, latb., Anguststraße 29. — Eisenbahnkassier Richard Padewin, evan., Anguststraße 29, mit Pando Wittke, ev., ebendort. — Apothekebesitzer Ritter, ldd., Reichenbach, mit Adelheid Capoff, ev. Madelaber, ldd., Anguststraße 55. — Schlosser Josef Rechner, latb., Grabstraße 18, mit Hans Kappelt, latb., Madarhof. — Schmied Max Pachsch, latb., Gräbchenerstraße 18, mit Anna Seier, latb., Friedr.-Mittelstraße 21. Puchd- oder Heinrich Ellb, ev., Reisse, mit Ida Berger, evan.-latb., Freihergerstraße 15. — Tischler Karl Schima, ev., Tereutenstraße 18, mit Maria Köhler, latb., Bismarckstraße 2. — Bahnarbeiter August Ohnisch, ev., Gahlystraße 31, mit Marie Hengel, ev., Malisch.

Geburten. IV. Feuerwehmann Wilhelm Ludwig, ev., T. — Kutscher Hermann Mitsche, latb., S. — Vorloshändler Hermann Knoblich, ev., S. — Arbeiter Wilhelm Reusch, ev., T. — Schriftleiter Gustav Guttwein, ev., T. — Schneidermeister Wilhelm Markl, ev., T. — Kaufmann Franz Köppl, ev., T. — Kutscher Heinrich Kadel, latb., S. — Handbiller Karl Dierckmann, ev., T. — Anstreicher Robert Langer, latb., S. — Kutscher Paul Hengsbauer, latb., S. — Kaufmann Albert Werner, ev., T. — Borsarbeiter Georg Adel, ev., S. — Ladierer Paul Kubisch, latb., S. — Schmiedherr Ernst Kertel, ev., T. — Tischler Franz Riedel, latb., T. — Schmiedherr Max Brand, ev., T. — Schlosser Friedrich Krum, ev., S. — Ladierer Fritz Peta, ev., S. — Tischler Julius Romoff, ev., S. — Bäcker August Wallch, latb., T. — Stationskassier Wilhelm Jandil, ev., T. — Pension. Premier Paul Dennemann, ev., T. — Expedient Bruno Rimm, latb., T. — Biegeleibknecht Georg Dierckmann, ldd., S. — Tischler Arthur Kreimann, ev., T. — Pächter Leon Goldring, ldd., S. — Kriminalschuttmann Georg Dörfer, ev., S. — Sergeant und Trompeter im Leib-Rür.-Reg. Richard Schulz, ev., S.

Kestigungen der Königl. Mark-Notierungs-Kommission. Breslau, 14. Februar.

	Pro 100 Kilogramm					
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weicher	17.40	16.60	16.40	16.00	15.90	15.50
Weizen, gelber	17.30	16.50	16.40	16.00	15.90	15.50
Roggen	15.80	15.20	15.10	14.90	14.80	14.60
Wasserke	16.00	15.60	15.50	15.00	—	—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Halter	19.40	14.90	14.80	14.40	14.30	13.90
Hafer-Erbfen	15.50	14.50	14.50	14.50	14.50	14.50
Erbfen	18.00	17.50	16.30	15.80	14.50	14.00

Den pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Scheid 24.00—26.00 Mk.
Winterrod 23.80—21.80—19.80 Mk.

Breslauer Weizenmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 28.50—24.00 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 22.50—28.00 Mk. Roggen-Saubaden ruhig, 22.25—22.75 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

Versammlungen und Vereine. Breslau.

Gewerkschaftsbund.

Sozialdemokratische Arbeiter-Abende. Jede Woche: Mittwoch, Abends 8 Uhr, } im Villardzimmer
Freitag, Abends 8 Uhr, } des Gewerkschaftshauses.

Donnerstag, den 16. Februar:
Gefahrer-Verband. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im großen Saale.
Tabaker-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 3 u. 4. Vortrag.
Wasser-Ladierer und Aufrechter. Abends 8 Uhr, Zimmer 2: Mitglieder-Versammlung. Kontrollkarte oder Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.

Sonntag, den 17. Februar:
Tabakerer - Krankenkasse (Hamburg). Aufnahme - Abend partiere links.

Montag, den 19. Februar:
Größe öffentliche Volksversammlung im großen Saale, Abends 8 Uhr.

Wittellungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Zaurbrunn).
Sonntag, den 18. Februar, Vormittags 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal zwecks Mitglieder-Agitation. Der Distriktsführer.
Distrikt 3 (Gräbchener Vorstadt).
Bezirk 1 bis 18. Donnerstag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder und Bezirksführer wegen einer notwendigen Versprechung im Distriktslokal.
Distrikt 5 (Pöpelwitz).
Donnerstag, den 15. Februar: Bezirksführer-Zusammenkunft im Distriktslokal. Der Distriktsführer.
Distrikt 6 (Nilosaiter).
Bezirk 8. Donnerstag, den 15. Februar: Besprechung bei G.
Distrikt 7 (Nilosaiter).
Donnerstag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer und deren Stellvertreter. Abrechnung. Der Distriktsführer.

Bezirk 9 aus 4 (früher 16, 16a). Freitag, den 16. Februar: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Empfangnahme der Mitgliedsbücher.
Distrikt 12 (früher Bezirk 19 und Bezirk 8, früher Bezirk 25a). Dienstag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahlabend. Mitgliedsbücher sind in Empfang zu nehmen.
Distrikt 9 (Ob-riser), früher XI.
Sonntag, den 18. d. M., Vormittags 10 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer. Es ist Pflicht, daß jeder Bezirksführer erscheint. Der Distriktsführer.
Distrikt 15 (Oblauerter).
Freitag, den 16. d. M., Zusammenkunft der Bezirksführer Abends 8 Uhr, im bekannten Lokal. Der Distriktsführer.
Distrikt 16 (Streitener Tor).
Bezirk 1 bis 10 (früher Bezirk 30). Sonntag, den 18. Februar: Zusammenkunft, Zahlung der Beiträge und Ausgabe der Bücher. Der Distriktsführer.
Sond-Distrikt 8.
Sonntag, den 18. Februar: „Volkswacht“-Agitation. Die Genossen haben sich um 6 1/2 Uhr in der Wohnung des Distriktsführers beaufs Empfang des Materials einzufinden.

Chlan, Bauhilfe- und Erbarbeiter. Sonntag, den 18. Februar, Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Chlan, Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung: Sonntag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr in Baningarten bei Händel.
Parchwitz, Volksverein Parchwitz und Umgegend. Sonntag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr: Bezirksführer-Versammlung im Gasthof zur „Stadt Regnitz“.
Krauschen-Looswitz, Wahlverein Sagan-Löben (Krauschen-Looswitz). Sonntag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Wetzels Hof, R.-Krauschen.
Neunköb, D. B. Verband deutscher Textilarbeiter. Sonntag, den 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Bezirksführer-Versammlung im Arbeiterkaffee. Tagesordnung: „Die Frau in der Textilindustrie“. Referent: Frau Kiesel-Berlin.

Verantwortlich für die Rubriken: „Breslauer Nachrichten“, „Aus Schlessen und Polen“, das Feuilleton und die Inserate: Robert Albert; — für alles Uebrige: Franz Klubs. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 6/8. — Verlag von Oskar Schick; — Druck von Th. Schatzky O. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Dierzy I Blattg.

Stadt-Theater.

Donnerstag:
„Das Spiel“
Sigrud Arnoldson:
„Hörner und Tüfel.“
(Ballett 5 Akt.)
Freitag:
Gedicht:
Eva von der Düren:
„Die Hochzeit des Figaro.“
Sonnabend:
Gedicht:
Eva von der Düren:
„Das Glöckchen des Gremien.“

Behandlung aller Krankheiten nach dem Naturheilverfahren und Homöopathie

156
H. Künzel, Gottesberger,
wobnd. h. Fleischermittel, Schwarzer.
Gut **Saja, Diman** billig zu geoc.
Köhnhil, Berner Chaussee 99.

Gute Speisekartoffeln

5 unter 15 Pfennige, 464
Neumarkt Nr. 28, Hof.

Verspätet!

Am 12. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser Freund und Verbandskollege, der Maschinist Herr
Hermann Höhne
im Alter von 31 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen treuen Anhänger unserer Sache. 477
Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren
Die Kollegen des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter der Brauerei C. Kipke.

Märzengold

in Flaschen und Gebinden

Hopf & Görcke
479 Tel. 238. Gräbchen-Breslau. Tel. 1921.

Lobe-Theater.

Donnerstag:
„Giroflé-Girofla“
Freitag:
„Und Bibba tanzt“
Sonnabend:
„Der Generalconsul“

Lebensmittel!

Bakaopulver 1/2 Pfd. 25 Pf.
Soudangaler 1/2 = 35
Bakaotes 1/2 = 8
Larin, feinweiß, 1/2 Pfd. 18, 17
Schweinschmalz 1/2 Pfd. 57
Bruderrie 13
Schmittbohnen 2 Pfd. 20 Pf. 27
Frankkaffee 2 Pfd. 11
Soda 3 Pfd. 10 Pf.
Negerseife 1 Pfd. 27
Kartoffelmehl 2 Pfd. 12
Getreidekorn unter 50
Fein rot. Korn 1. — Mk.
Kaorbier v. Rurke 7 L. 10 Pf.
Franz Bröschel, Leutenstraße 60.

Todesanzeige.

Am 13. Februar starb das Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Fräulein
Klara Drabe.
Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 16. Februar, nachm. 3 Uhr.
Trauerhaus: Elbingsstr. No. 8. 480

Arbeiterfrauen

fordert überall die neue 348
Chemische Aminin-Schmierseife
zum Einweichen und Waschen von
Arbeiter
-Leib-, Bett-, Haus- u. Kinderwäsche
das Pfund 24 Pf.
Läßt Euch nichts anderes ausschlagen!

Chalia-Theater.

Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr:
„Zabienstreich“

Höchst wichtig für Hausfrauen!

Keine Vanille-
Stücken-Schokolade
gar. rein à Pfund 80 Pf.,
bei 10 Pfd. 1 Pfd. Rabatt.
Entöltster reiner Kakao
von franz. indischer Ursprungs.
Familien-Kakao
à 1/2 Pfund 25 Pf.
ein ganzes Pfund 50 Pf.
Konium-Kakao
à 1/2 Pfund 30 Pf.
ein ganzes Pfund 1.15 Mk.
Haushalt-Kakao
keine Zuckerstücke 1.40 Mk.
bei 3 Pfd. 1. Pfd. Rabatt.
Zahne-Kakao
fein zumeist, leicht verdaulich
à Pfd. 1.40 Mk.
Zahne-Schokolade
gesund, nahrh., wohlschmeckend.
à Pfd. 1.40 Mk.
Mokka-Schokolade
keine Zuckermasse
à Pfd. 1.60 Mk.
Kandierter Kakao
immer frisch à Pfd. 25 Pf.
Kakao-Schalen
à Pfd. 10 Pf.
Tees neuer Sorte
keine Zusätze
à Pfund 1.40, 1.60, 1.80,
2.20, 2.80 bis 3.60 Mk.
Grün-Tees
à Pfund 1.20 bis 1.60 Mk.
empfehlen

Geschäfts-Empfehlung.

Allen werthen Parteigenossen und Einwohnern von Sandberg, Altwasser und Umgegend bringe ich hiermit zur Nachricht, daß ich mich **Sandberg Nr. 45** als **Stubenmaler** niedergelassen habe. Es soll mein einziges Bestreben sein, nur die modernsten und saubersten Arbeiten zu billigen Preisen herzustellen und bitte mein Unternehmen gütig zu unterstützen.
Anfangssozial
Karl Just, Stubenmaler, Kol. Sandberg No. 45.
Zeichnungen genügen mir eine 2-Pf.-Postkarte.

PALMIN

Feinste Pflanzenbutter
zum Kochen, Braten und Backen

Liebich's Extrahissement

Neu! Neu! Neu!
Rudolf Hock
Reitator.
Die weltberühmte
**KAUFMANN-
Truppe.**
am. ev. ev.
Bismarck 71. Uhr.
Sonnabend:
Nachmittags-Vorstellung.

Wohlsmut Boese

Schokoladen-Haus
Breslau 1., Derzhowskij 3
Schokol.-den., Kakao-
und Zuckerwaren-Fabrik

Konsumverein für Striegau u. Umgegend

E. G. m. b. H.
Sonntag, den 25. Februar cr., nachmittags 3 Uhr:
**Ausserordentliche
General-Versammlung**
im Gasthof zur „Sierquell“ (Gräben).
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 481
2. Beschlüßfassung über Errichtung einer Filiale in Königsdorf.
3. Veränderung der Anstellungsverträge des Vorstandes.
4. Änderung der §§ 4, 18, 44 Abs. 3, 52 Abs. 2 des Statuts.
5. Verchiedenes.
Der Eintritt ist zur Mitgliedern gestattet.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins f. Striegau u. Umgegend, E. G. m. b. H.
P. Köhler, Vorsitzender.

Soeben erschienen:
Sonntage eines grosstädtischen Arbeiters in der Natur
von Curt Grotzewitz
mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche.
Broschirt 60 Pf., gebunden 1.— Mk.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Victoria-Theater

(Stimmensar Garten).
Attraktionen
Kurzcs Gastspiel
**Marguerite,
die Löwenbraut.**
Aasa und Sigmund
Linne.
Wiliam und Tereese
Schiff.
Sonntag, den 25. Uhr.
Sonnabend-Vorstellung gütlich.

Wiederholung der Lebensmittel-Liste.

Wandleihe Münzfr. 2

C. Freundt.
Anwärter brief.

Das kommunale Wahlrecht.

Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann.
Agitations-Ausgabe 30 Pf.
Kommunale Arbeiterpolitik.
Von Hugo Lindemann.
Agitations-Ausgabe 40 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

regierenden Klassen sich einen Kaiser wählen müßte, Prinz Ludwig wäre die beste Aussicht. (Sehr wahr! bei dem Sozial. Große Freiheit recht!) Herr Bülow merkt die agrarische Platte hinter seinem Rücken, aber wenn die Arbeiter Befreiung aus ihrem Jochentum fordern, hat er eine Kinoprojektion (weiter frei bei dem Sozial. Abgeord. Seb. aus!) und der Herr v. Dehl findet, daß ihm die Kinoprojektion ausgerechnet steht. (Große Freiheit.) Aber die Bewegung ist im Flak, und wenn nicht anders, wird sie in einer neuen 4. August-Nacht erdigen. Der Arbeiter fühlt sich als Staatsbürger, er verlangt seine Menschenrechte und wird sich nehmen, wenn man sie ihm nicht gibt. Wie stehen wir die Zukunft, wie erobert man uns nicht. Unser die Welt trotz alledem! (Süddeutsche Zeitung bei dem Sozial.)

Bundesratsvollständiger der freien Hansestädte Senator Dr. Kahlmann: Es ist mir mitreilend worden, daß Herr Bebel die Aufmerksamkeit auf die Cholera in der Hamburger Cholerazeit sei die Hamburger Bürgerkriegsart ihrer Vaterstadt geküßt und habe die Sorge für die Choleraerkrankten den sozialdemokratischen Arbeitern übertragen. Als Beweis dafür ist lebhaft angeführt worden, daß zur Verhütung eines Ausbruchs sozialdemokratische Arbeiter benutzt worden seien. Der Herr Abgeordnete von Hamburg hat hiermit eine Anerkennung getan, die er nicht verantworten kann. (Widerstand des Abg. Bebel.) Nein, ich muß die Verantwortung auf das Gesundheitsamt als nächst unbeschuldig anerkennen. Die Pest in der Hamburger Bürgerkriegsart und aller mit bürgerlichen Mitteln beherrschten Behörden während der in Hamburg Epidemie sind als ungenügend in jeder Hinsicht anerkannt worden, nicht nur in Deutschland, sondern weit über Deutschland hinaus.

Auf die gegen mich persönlich gerichteten Aussetzungen des Herrn Abg. Bebel gehe ich selbstverständlich nicht ein. (Lachen bei dem Sozial.) Meine persönliche Verantwortung über die Durchführung einer Durchsicht der sozialdemokratischen Organisation auf den Hamburger, ich halte ich für in keiner Weise widerlegt. (Lachen bei dem Sozial.)

Abg. Hüfner (natl.): Wir halten das Reich nicht für formales, das Einzelnen die Form ihres Wahlrechts vorzuschreiben, aber wir müssen die Bedingungen des Wahlrechts der National Liberalen der sächsischen Verfassung im Jahre 1895 genau so entschieden wie das Wahlrecht der baltischen National Liberalen mit der Sozialdemokratie. (Zurückweisung b. d. Natl. Abg. Hüfner.) Das Reich ist ein Reich, das das Wahlrecht der National Liberalen vor. Was ist denn das Reich der Sozialdemokratie? Wie aufgeben und umzusetzen machen? Oder die rassistische Revolution und die Kaiserkrone, die ein Reich des Abg. Bebel unter dem Motto: Krieg den Kaiser, Friede den Arbeitern! hierherberührt hat? Ihr Reich ist der nebelhafte Zukunftstaat. Wir aber haben ein anderes Reich: das alte deutsche Reich und den Kaiser an der Spitze. (Süddeutsche Zeitung recht und in der Wille, Lachen und Kurze b. d. Sozial.)

Diese Herren (natl.) (Natl.) Ich ist nicht alles gut und herrlich, aber die Grundidee ist richtig. Tief ins Herz geschrieben steht das unter herrlicherm Reich und sein Kaiser. (Lachen bei dem Sozial.) Ihr Vorschlag berührt mich nicht. Ich bin ein alter Mann; aber nie verläßt mich das, da wie himmlischer Gedanke die Kunde vom neuerstandenen Reich und Kaiser alle deutschen Lande durchzog. (Zusammenbruch bei allen Parteien des Hauses außer der Sozialdemokratie.) Und immer wieder und wieder wird der Wunsch von Kaiser und Reich immer lebendiger. (Lachen bei dem Sozial.) Ich gebe Ihnen die Versicherung, Ihre Revolutionäre werden sich an dem granitenen Fels der politischen Ideale des deutschen Volkes zum festen Fundament langweilig sein. (Lachen bei dem Sozial.)

Abg. Behre (natl.) (natl.): Jede Partei teilt über den Antrag so, wie sie es mit dem Allgemein gleichem, geben und der rechten Wahlrecht meint. Dem Konservativen ist es ein Traum im Auge, was aber ist es ein Traum des deutschen Rechtsgefühls, die Wahl der konstitutionellen Monarchie, die Grundlage der deutschen Macht auf dem Weltmarkt, gleich der allgemeinen Wehr- und Steuerpflicht ein Glied der deutschen Staatenbau. Und diese Verhandlung erscheint uns wie ein Glaubensbekenntnis. (Lachen bei dem Sozial.) (Natl.) (Lachen bei dem Sozial.) Jeder tritt dazu für die Einführung einer Verfassung in Mecklenburg ein, daß in Folge seiner revolutionären Politik bald auf allen Gebieten selbst hinter sich. (Lachen bei dem Sozial.) (Natl.) (Lachen bei dem Sozial.)

Abg. Herr v. Markau (natl.): Auch ich möchte endlich einen Fortschritt in der mecklenburgischen Verfassung herbei, halte aber eine Erziehung des Reiches für unbedeutend. Der Abgeordnete best im mecklenburgischen Volkstunde gegen das Zinswunder an. Was laut der glückliche Herr Bebel und die reichen Herren Singer und Süßlum bean? (Präsident Graf Palleske bittet nicht auf die Unterabteilung von Abgeordneten einzugehen.)

beziehen. Schließlich wurde er von einem Volkstagen mitgenommen, aber bald darauf wieder gefangen. Schließlich best der Herr Sonnenberg auf der Kanzel und predigt gegen Unmoralität und Völlerei.

Tödliche Stürze. Der Goldarbeiter Lorenz Büttner stürzte sich, nachdem er die Nacht in inoffizieller Gesellschaft verbracht hatte, vom Marienberg bei Salzburg in die Tiefe. Er fiel durch auf das Dach eines Hauses und von da im weiten Bogen auf die Straße, wo er mit geschwundenen Gliedern tot liegen blieb. Schwäche, Gebrechlichkeit und Hindernisse bei einer angestrebten Arbeit hatten ihn von dem Selbstmordgedanken eingegeben. — In Dabau stürzte sich vom letzten Stockwerke eines Hauses auf dem Föhling eine Frau mit ihrem Kinde in den Hofraum. Die Frau blieb tot, während das Kind leichtes Verletzungen davonkam. Es wurde festgestellt, daß die Frau Julie Patschke bei der Gattung des Föhling der Großfamilie eine Spaltlinie sei. Sie dürfte den Selbstmord aus Gram darüber verübt haben, daß ihr Mann die Vermögen verloren hat.

Erz Todsmittel. Nach einer Weile aus Siam (Siam) (Government of Siam) rühmt der dortige Militär 425 Rekruten den Befehl, nach Siam zu kommen und an den Fronten zu kämpfen. Wegen Schreckens hatten die Rekruten im Kampf um das Märchen, doch vergeblich. Unterwegs sind 25 Rekruten ertrunken. Die Bevölkerung hat eine Beschwerde an den Kriegsminister eingebracht.

Die Kasse im Par. Über ein unbekanntes Verkommen wird der „Paale-Reiniger“ als Wergel verdient berichtet. Dort war eine Frau M. gestorben. Nachdem der Doctor den Sarg gebracht und diesen an geeignetem Orte aufgestellt war, gingen die Leute hinaus, um die Erde zu holen und in den Sarg zu stellen. Doch kam man keineswegs, und der Doctor wurde aufgefordert, sich im Innern ein wunderliches Geräusch vornehmen ließ. Den Anwesenden bei es nicht über den Rücken und ihr Haar schände sich. Doch endlich sagte man über und öffnete den Sarg. Da lag die tote Frau wieder, doch eines ihrer Glieder schien sich zu rühren, wenigstens bewegte sich die Hand, und plötzlich schau unter dem Tuche — es war die Frau, die im Sarg gestorben war und sich durch einen Akt in dessen Gattin so verhorrt zu hatte, daß man sie nicht beweinte, sondern die Erde auf sie legte. So schickte sich der große Bergmann, bei dem man ihn an einem Fall von Scheitler gedacht, auf natürliche Weise.

Ein Erbfall als Siret. Der Preis von 100,000 Mark, der auf das wöchentlich erscheinende Ernter der Zahl der Personen geht, war, die die Teilnahme in St. Louis im Jahre 1894 bestritten, ist wie aus New-York geflohen wird, von einem Straf-ling Namens Campbell gewonnen worden, der im Staatsgefängnis von Redrasta noch im Jahr abzurufen hat. Campbell war wegen Verurteilung freigesprochen worden. Von dem Preis wird er nur 50,000 Mark erhalten, da er die Hälfte der Gesamtsumme seinem Anwalt für den Fall zugesetzt hat, daß dieser die Gutachten des Preises an den Staat zurückgibt.

weiter.) Die Sozialdemokratie mit ihrem Streik ist es, die die Entwicklung von Handel und Industrie in Mecklenburg aufhält. (Bravo! recht, Lachen b. d. Sozial.)

Abg. Blumenhals (natl.) (natl.): Alle Arbeiter haben eine „Verbeugung vor dem allgemeinen Wahlrecht“ gemacht, auch die Arbeitervereine. Daraus geht die politische Bedeutung dieses Antrages hervor. Mit der Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts kann man wohl die Ausbreitung der sozialdemokratischen Stimmen, aber nicht die der sozialdemokratischen Bestimmung verhindern. (Sehr richtig! links.) In unseren Reichsländern erstrecken alle Parteien die Erhebung zum Bundesstaate und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, nur daß die Reichsländer es nicht ernst damit meinen. Richtig ist über unsere Verhältnisse eine Schrift erschienen, von einem Herrn Stefany. Es ist verboten, sie zu lesen, aber damit ist es noch nicht getan, daß sie nicht gelesen wird. (weiter frei.) Manches darin ist unklar, aber interessant ist, daß auch manches darin mehr ist. Viele chronische skandalöse Fälle die vorläufige Prozess, sogenannte schwarze Listen über die staatsgefährlichen Leute zu führen, aufgedeckt. Die Mecklenburger, sie könne viele Listen nicht entbehren, weil zu viele Leute noch nach dem Westen blickten. (weiter frei.) Was sollen denn die Leute anders tun? Noch Offen zu schauen ist ja heute noch viel gefährlicher. (weiter frei.) Unter solchen Umständen ist eine geordnete Entwicklung der Verhältnisse im Reichsbereich nicht zu denken. — Herr Deffor sprach gegen das allgemeine Wahlrecht und erklärte, er habe alle Frauen unter seiner Hand. (weiter frei.) Ich bin aber überzeugt, daß wir noch einige Jahre über die Frauen befähigen werden. (weiter frei.) Herr Deffor sagte sich dann über die Frauen befähigen, weil wir mit Hilfe der Frauen einen Modus der Frauen überall geschlossen haben. Ich halte einen solchen Modus nach links für eine sehr wertvolle Errungenschaft, die uns aus Frankreich zurückerufen ist, und bin überzeugt, daß der Modus der Frauen nie auseinanderfallen wird. (Bravo! links.)

Geheimrat Gehle: Im Reichsbereich gehen alle Selbstverwaltungsorgane aus dem Reichstagswahlrecht hervor, und aus diesen mit dem Landesauschuß. — In der erwähnten Broschüre ist verkommenen Beamten will ich nur bemerken, daß die sogenannten schwarzen Listen von der höchsten Instanz nicht von den Reichsbereichsorganen aufgenommen werden. Es sind in dieser Hinsicht nur solche Personen aufgenommen worden, bei welchen man vermöge ihrer Stellung, ihres Charakters und ihrer bisherigen Haltung daran dachte, daß sie im Falle eines Krieges dem Feinde tätige Dienste leisten würden. Unbequemlichkeiten im Frieden entstehen daraus nicht, anders ist es natürlich im Falle eines Krieges. Wir will den den Tag begeben, wo niemand mehr auf dieser Liste verzeichnet werden kann, können sie aber jetzt noch nicht entbehren. Von all denen in der Broschüre genannten Leuten ist nur ein einziger auf den Listen.

Abg. Wrohn (natl.) (natl.): Ich bin Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, stimmt aber gegen den sozialdemokratischen Antrag, um der Großmoralität und dem Größenwahn der Sozialdemokratie den verdienten Dämpfer aufzusetzen. (Bravo! bei dem Natl.) (Lachen.)

Abg. Müller (natl.) (natl.): Ich spreche dem Reichstag die nöthige Sachkunde zum Verständnis des historischen Hamburger Wahlrechts ab. Es sei auch unklar, daß die Hamburger Bürger vor der Cholera gelitten seien.

Abg. Viebermann v. Sonnenberg ist entsetzt über die laienmäßige Rede des Abg. Bebel (große Freiheit links!) und über seine Anträge auf den deutschen Adel in den Mittelständen. Die wirtschaftliche Verarmung sei für das allgemeine Wahlrecht, aber gegen den vorliegenden Antrag.

Abg. Dr. Müller-Sagan (natl.) protestiert gegen die Anträge des Abg. Bebel auf den Berliner Reichstag. (Abg. Bebel antwortet auf einen Teil.)

Es entspinnt sich noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Müller-Sagan (natl.) und Herr v. (natl.) (natl.) einerseits und dem Abg. Wrohn (natl.) andererseits über die Frage der Wahlbeeinflussung durch Briefwahl in der Großstädte oder Konterkation auf dem Lande bei öffentlicher Stimmabgabe. Damit schließt die erste Sitzung des Wahlrechtsantrages. Die zweite Sitzung findet am nächsten Mittwoch im Plenum statt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Zweite Sitzung des Familienrechts. Fortsetzung der zweiten Erörterung beim Reichstag des Innern. (Schluß 6 1/2 Uhr.)

Im preussischen Abgeordnetenhaus

wurde am Mittwoch die zweite Lesung des Etats der Verwaltungen vorliest. Es war der Tag des national-liberalen kapitalistischen Schmarms, das wahrhafte Drama letzte. In der entzweiten sozialpolitischen Debatte des Reichstages erschienen die Reihen des Polen Korstanty, selbst der des Zentrumsmannes Bruhl, ja sogar diejenige des Reichstages als wahrer Held, wenn sie in der Tat auch nur recht mageres Strohpolen waren. Der katolische Arbeiterführer Johann Ewert hat seit seines Lebens im Schwere seines Angehanges gegen die Sozialdemokratie gekämpft; er bezieht den Paul vom Gaudis Schöbura in Verlust von Anhängern, die ihm die Hüde und Konforten verlieren. Die Partei der Arbeiterführer und Steuerhinterzieher schämt sich nicht, dem Wert einer Schlagerei vorzuführen, in der er als blinder Mensch einmal vor 30 Jahren auf dem Tanzboden verwickelt wurde! — Die Abgeordneten Korstanty und Bruhl hatten völlig Recht, wenn sie die national-liberalen Kampfmethode gebührend geküßten. Die großen Klagen über den kapitalistischen Terrorismus in Oprekationen, über die Maßregeln, die die Arbeiter der unterirdischen Arbeiter im Ruhrgebiet verhängt; beziehend war aber die Teilnahmelosigkeit, die das Centrum den Ausführungen seines eigentümlichen Amateurs Bruhl wollte. Seine sozialpolitischen Haupt- und Staatsaktionen waren sich das Centrum für den Reichstag aus. Graf Polabowicz hat Recht: das verschiedene Wahlrecht zum Reichstade und zum Landtage beweist, daß dieselben Parteien — zwar nicht, ihr Verstand, aber doch ihr Gebahren — sich so ganz anders im Hause der Reichstagsmitglieder, als im Reichstade am Anhangen zeigen. Die Reichstagsnational Liberalen lassen sich pseudo-sozial-reformistische Hehl-Parasiten anhängen; die Landtagnational Liberalen verdrängen es, ihrem Kapitalismus eine ideale ideologische Zuhilfenahme zuzulegen. v. Sauer, der zum linken Flügel gehört, griff Graf Polabowicz nicht an, wie er es der Hochapostrophe v. Döhlenberg im Reichstade getan; er verlangte Stillsitzend der Sozialreform und machte kein Hehl aus seinem Widerwillen gegen das Reichstagswahlrecht. Die Entscheidung, die der Minister Dehrer seinem Kollegen im Staatsministerium, dem Grafen Polabowicz, zuteil werden ließ, war eine außerordentlich löse. Die Sozialreform, die Wähler-Redolger machen will, ist eine Sozialreform mit dem Arbeiter. Von den Staatsbetrieben soll die präparierte Sozialdemokratie wie Knechtchen fernhalten. In eine Verfassung der Bearbeiterverhältnisse in den natürlichen Graben Saarabens und Oberhessens deckt die Staatsregierung nicht. Was nun auch? Die national-liberalen Reichstagsmitglieder v. Sauer und Pöhlke von der Seite bestärken sie, daß alles schön und gut ist! Das ganze Verlangen einer Erhöhung der Bearbeiterverhältnisse im Saarrevier land glatte Ablehnung seitens des Oberpräsidenten v. Bellen. In einer Abänderung geht die Beratung weiter.

Russische Revolution.

Der neue Ministerstaatssekretär und die Rechte Finnland.

Die zeitweilige Wiederlage der Revolution in Russland erschlöß die russische Reaktionspresse, auch eine immer drohendere Sprache gegen Russland zu führen. Man laßt die Regierung auszuweisen, daß ein ähnliches Unbehagen an, wie in den Niederlanden und Finnland mit Waffengewalt wieder zu erobert. Die

Ernennung des Generals Langhoff (der am 22. Januar in Petersburg den Soldaten befehligt, auf das Volk zu schießen), zum Ministerstaatssekretär für Finnland, hat bei der russischen Reaktionspresse ebenfalls große Erbitterung wie Enttäuschung in Finnland hervorgerufen. Der neue Ministerstaatssekretär hat nun jedoch erklärt, daß er die Rechte Finnlands respektieren wolle. Man wird allerdings auf diese Erklärung nicht viel mehr geben können, als auf die finnlandischen Verfassungskreise der Jahre. Immerhin hofft man in Finnland, daß Langhoff, der von Geburt Finne ist, seine Vaterlandskameraderi nicht gar zu weit treiben wird.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Februar.

Breslauer Polizeisensur.

Wir versprechen unseren Lesern vor einigen Tagen, einige von den dem polizeilichen Postamt zum Opfer gefallenem D. N. N. G. R. J. S. K. A. B. A. V. E. S. K. E. N. R. A. B. A. R. E. T. S. V. E. R. S. E. N. zu veröffentlichen. Wir kommen diesem Versprechen hiermit nach und bemerken dabei, daß das Verbot des folgenden Gedichtes aus „Gründen der Sittlichkeit“ erfolgt ist. Das „unzüchtige“ Poem lautet:

Ein süßer Traum.

Ueber meinem Dulle hing ein prächtig' Bild,
Ein Frauenkopf mit buntem Haar,
Für Aue Klammte so trostlich w'ld,
Eine tiefe Blum' drin verborgen war.

Wie blickte ich so gietzig an,
Die lechzte ihr Mund nach glühendem Kuß —
Ein Schmitz baute mir's anseten —
Falt schäm' ich mich, daß ich's aestehen muß.

Und leht'n, es war in schwülzer Nacht,
Da träumt' ich von diesem herrlichen Weib,
Im Traum war es zum Leben erwacht,
Dicht neben mir süßt' ich den lippen Leib.

Ich süßt' sie, wie sie mich innig umschlang,
Wie sie heiß mich küßt' sie für und für,
Wie sie stürmt' in mir erwachte den Drang,
Sie jetzt zu besitzen in wilder Bier.

Da wurde ich aus dem Schlaf geschreckt,
Die süße Traumgehalt war fort,
Ein böser Geist hat mich geack't,
Das Bild hing noch am alten Ort.

Ebenso „unzüchtlich“ erschien dem Polizeisensur der folgende Bierzeiler:

„O schenke mir die erste schwüle Nacht,
Paß mich in banger Sehnsucht nicht vergessen, —
Sich dich mit ihm mit allerwalt'rer Macht,
Glieb es mir, der Reuschheit zu entsagen!“

Ein weiteres Gedicht: „Der Seefahrer“ wurde dem Dichter ebenfalls verboten. Flugrief er die betreffende Seite aus seinem Buche heraus, schrieb das Gedicht ab, reichte es, mit anderer Ueberschrift versehen, aus neue eta und — der Postbote hat es unbehelligt postieren. Neben-alls sagte sich der polizeiliche Zensur mit Bülow: Ich will ein Konsequenzmacher sein.

Wie entwerfen wir unsere Stadtbaupläne?

Jedem, der mit einigermaßen offenen Augen und einem gewissen künstlerischen Interesse die Straßenzüge einer alten, sich in „modernem“ Sinne fortentwickelnden Stadt durchwandert, muß der tiefgehende Unterschied zwischen der Baumweise unserer Vorfahren und der unserer heutigen Architekten sofort in die Augen springen. Damals wurden die Anlagepläne sowohl der Straßenzüge, wie der Straßenzüge als auch die der einzelnen Wohnhäuser von dem Prinzip der Bequahlichkeit und Wohnlichkeit beherrscht. Heute aber baut sich alles darauf auf, daß im Interesse des Grundbesizers der Raum eine Ausnutzung findet, die dem Bodenrentier eine möglichst hohe Einnahme gewährleistet. Hier das Prinzip der Nützlichkeit mit dem der Wohnlichkeit und des materischen Gesamtbildes zu vereinigen, ist die Bestrebung einer neu erwachenden Richtung in den Kreisen der Architekten und kommunalen Verwaltungen, eine Bestrebung, die in einem Vortragsschluss ihren Ausdruck findet, der gegenwärtig im hiesigen Kunstgewerbe-Museum stattfindet und dem Problem des künstlerischen Städtebaues und der städtischen Kunstpflege gewidmet ist. Eröffnet wurde der Zyklus vom Landesbaudirektor Professor H. Götsche-Berlin, der sich zunächst allgemein über die Frage verbreitete: „Wie entwerfen wir unsere Stadtbaupläne?“ Er ging dabei von der Frage aus, wie unsere Altvordere ihre Stadtbaupläne entworfen haben. Die aus jenen Zeiten erhaltenen Bauten sind ein sprechender Beweis dafür, daß sie es verstanden, zu wohnen. Man hatte zwar keinen nach streng technischen Grundsätzen im Voraus entworfenen Bebauungsplan, aber vorhanden war wenigstens ein allgemeiner Lageplan, der sich zwanglos den Verkehrs- und Wohnbedürfnissen der Bürger anpaßte. Eine peinlich ausgerichtete Fluchtlinie, auf die heute jeder Wert gelegt wird, die aber dem Straßenbilde den Charakter einer gewissen Langweiligkeit verleiht, kannte man damals noch nicht. Etwas mehr Planmäßigkeit in der Bebauung greift erst allmählich im 17. und 18. Jahrhundert Platz. Jetzt bilden sich rechteckige oder quadratische Blocke, aber die Vereinigung von Natur und Kunst, die dem mittelalterlichen Städtebilde seinen noch heut unser Herz erfreuenden Reiz verleiht, verschwindet mehr und mehr. Nach in anderer Weise aber verändert sich, zu Ungunsten des materischen Eindrucks, das Aussehen der neuzeitlichen Stadt. Aus dem Häusermeer ragen nicht mehr wie einst die Wahrzeichen der Dürre empor, an ihre Stelle tritt die nüchternen Kinder der Altherrscherin Industrie, die Dampfmaschine, getreten, das alte trauliche Familienhaus wurde immer mehr durch die Mietkaserne verdrängt.

Ist mit diesen kurzen Strichen die Antwort auf die Frage angedeutet, wie wir heute unsere Städte anlegen, so bleibt als dritte und wichtigste Frage noch die übrig: „Wie sollen wir unsere Stadtbaupläne entwerfen?“ Diese drei Hauptfragen im Städtebau, Verkehr und Volksgefundheit, werden auch künftig ihrer Herrschaft nicht entsetzt werden. Diese beiden Faktoren aber ausschließlich zu betonen, ist insofern verhängnisvoll, als sie unbedeutend zu vorher erwähnten Einkönigheit führen. Will man hier Wandel schaffen, so ist die möglichste Trennung von Industrie und von Wohnvierteln erforderlich. Warum allerdings für die verschiedenen Bevölkerungsschichten verschieden gebaut werden soll, will uns nicht recht einleuchten; die Herausbildung besonderer vornehmer Villenviertel erscheint uns nicht nur vom sozialen Standpunkte aus falsch, auch der künstlerischen Forderung der Einheit in der Mannigfaltigkeit wird sie nicht gerecht. Ein Vorschlag, der auch bereits teilweise Verwirklichung gefunden

den hat, geht dahin, in den von Arbeitern bewohnten Vierteln nur den Rand eines jeden Blocks zu bebauen, das Innere aber für einen gemeinsamen Park oder für Eingelagerten freizubehalten. Bei der Anlage von Straßen ist einmal zu berücksichtigen, daß die gebogene Linde immer markischer wirkt wie die gerade; doch tritt gerade in den mittelalterlichen Städten so wohlwollend hervor; auch unsere heutigen Baumeister sollten der gebogenen Linde ein größeres Entgegenkommen erweisen; das Nützlichkeits- und das Schönheitsprinzip ließe sich zwanglos derart verbinden, daß der gebogenen Straße immer eine grade entspricht. Bei der Anlage der Straße wird ferner immer die Straßenflucht von der Hausflucht zu unterscheiden sein, auch hierdurch gewinnt das Bild bedeutend an Abwechslung und Leben. Auch den Strahlen und ihrer Anlage wird mehr Beachtung zugewendet werden müssen. Malerische Ausblicke werden dadurch erzielt, daß die Straßen abwechselnd an den Ufern entlang, und dann wieder etwas von ihnen abwärts geführt werden. Straßendächer wirken zu lange Straßen. Hier lassen sich Unterbrechungen, die dem Auge Ruhepunkte gewähren, zwanglos dadurch herbeiführen, daß man Denkmäler, Kirchen und dergleichen in Straßenverbreiterungen einflügt, oder daß man bei genügender Breite der Straße einzelne Häuser aus der Fluchtlinie herauspringen läßt. Möglichst viele Markt- und Verkehrsplätze mit geschlossener sowie Gartenplätze mit offener Bauweise tragen ebenfalls in hohem Grade dazu bei, den Gesamteindruck einer Stadt malerischer zu gestalten. Bei den Plätzen ist der Wagenverkehr an den Seiten entlang zu führen, sodaß der innere Raum frei bleibt.

Das solche Prinzipien im Städtebau immer herrschender werden, das allmählich herbeizuführen, wird nicht in letzter Linie der Initiative der berufenen Vertreter in den städtischen Körperschaften sein.

Katholischer Arbeiterverband.

Belanntlich ist der Zentralverband der Maurer mit den Unternehmern in Tarifverhandlungen eingetreten. Da kommt nun der katholische Arbeiterverein zu Breslau und versendet an seine Brüder in Christo Geheimzirkulare, von denen uns eines zufällig in die Hände geraten ist. Es lohnt sich, dieses Dokument der Öffentlichkeit zu übergeben, damit diese erfährt, wie der sogenannte katholische Arbeiterverein oder vielmehr seine Leiter andere Verbände während der schwebenden Tarifverhandlungen in den Rücken fallen. Das Schriftstück, das am August Sube in Neuzoo gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

Bezirksvorstand der Fachabteilung für den katholischen Arbeiterverein, Breslau, nicht zur Veröffentlichung.

Sehr geehrter Herr!

Aus dem Arbeiter-Manual 1906 habe ich ersehen, daß Sie Vorsitzender der hiesigen Bauarbeiter-Fachabteilung sind. Ich erlaube mir daher hiermit, mich an Sie mit der höflichen Bitte zu wenden, mir umgehend (spätestens bis 10. d. Mts.) gültig mitteilen zu wollen, wieviel Maurer und Zimmerer aus Ihrer Fachabteilung, Ihrem Verein, und sonst von dort oder Umgehend genügt wären, jetzt zum Beginn der Bauarbeiten nach Breslau zu kommen.

Der Stundenlohn beträgt 50 Pfg. (pro Woche circa 30 Mark bei zehnstündiger Arbeitszeit); richtige Leute, und nur solche bitte ich mir zu empfehlen (die schon in größeren Städten gearbeitet haben), haben ob. Sommer und Winter Arbeit. Streikbrecherarbeit wird von uns nicht geleistet; Terrorismus durch andere Organisierte ist ausgeschlossen. Wir schämen die Leute nur auf solche Bauten die von Grund aus durch unsere Leute ausgeführt werden und auf denen Sozialdemokraten nicht eingestellt werden.

Zusätzlich aber bitte ich Sie, Ihren Einfluss dafür zu verwenden, daß, wenn nicht anders möglich, wenigstens mehrere tüchtige Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, die bereit sind, unserer „katholischen“ Erbania zu sein und diese verteidigen können, (ein gutes Mundwort haben) als Kolonnenführer (Baudelegierte) herkommen, um unsere Leute zusammenzubehalten. — Wann die Leute hier anfangen können werde ich Ihnen im Laufe des Februar (spät. Anf. März) noch mitteilen.

In der höflichen Erwartung, daß Sie sich im Interesse unserer guten Sache die größtmögliche Mühe geben werden, uns zu unterstützen, verbleibe ungeheuerem Bescheid entgegensehend

Hochachtungsvoll

Fachabteilung der Bauarbeiter des kath. Arbeitervereins Breslau.

In dem Schriftstück steht nun zwar, daß Streikbrecherarbeit nicht berichtet werden soll. Darauf ist aber umso weniger etwas zu gehen, als die katholischen Arbeitervereine sich ja sehr oft dazu hergeben haben, Streikbrecherdienste zu leisten. Charakteristisch ist es zudem, daß der oder die Verfasser im vorliegenden Falle das Licht der Öffentlichkeit scheuen und außerdem wissen, daß, im Falle die Tarifverhandlungen des Zentralverbandes scheitern sollten, sich möglicherweise ein Kampf von folgenreichere Bedeutung entwickeln kann. Dann blüht natürlich der Weizen der auch Arbeitervertreter. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Frömmlichen mit den Unternehmern unter einer Decke stecken. Auf jeden Fall zeigt dieser Fall aber, wessen man sich von den katholischen Arbeitervereinen zu versehen hat.

Der neue Volksschulgegentwurf und die bürgerlichen Frauen.

Bei den meisten Unternehmungen der bürgerlichen Frauenbewegung will und immer das Gefühl beschleichen, als ob es sich dabei um nichts weiteres handle, als um die Befriedigung persönlicher Eitelkeit und des Verlangens, in der Öffentlichkeit von sich reden zu machen. Um allzu viel höher konnten wir die gegen den Schulverfassungsentwurf der Regierung gerichtete Protestversammlung nicht einschätzen, die am vorigen Dienstag Abend von dem Verein Frauenwohl, dem Provinziallehrerverein sowie für Schlesien und Posen, dem Breslauer Lehrerinnenverein und dem Kärntnerbergvereine benanntet worden war. Schon das Lokal, das man für die Versammlung auswählte hatte, — die Aula des Maria-Magdalenen-Ordens — ließ darauf schließen, daß man hübsch unter sich steilen wollte.

Und man liebte unter sich! Wer Toilettenstudien machen wollte, brauchte am Dienstag Abend nur in das Magdalenen-Gymnasium zu wandern, die wenigen schlichten Gestalten der Lehrerinnen verschwanden unter all der Kleiderpracht dieser Frauenvereinerinnen, Arbeiterinnen waren überhaupt nicht vertreten. Justizrat Sellberg sprach über den Entwurf als Justiz in besagter formvollendeter wie scharfsinniger Weise, als Politiker aber wie ein echter Freisinniger.

Justizrat Sellberg ging zunächst davon aus, daß spezielle Fraueninteressen durch den Entwurf nur in einem Punkte, und

noch dazu in einem wesentlichen Punkte, dem § 28, Abs. 3, berührt werden. Es handelt sich hierbei um das Recht der Frauen, bei der Schulaufsicht in den Schulausschüssen, Deputationen usw. mitzuwirken. Während nach den Vorarbeiten vom Jahre 1811 dieses Recht den Frauen bisher zugesprochen war, soll es ihnen durch den Entwurf genommen oder doch wenigstens auf einen werlosen Rest, das Recht der Mitwirkung bei der Aufsicht über den Handarbeitsunterricht, beschränkt werden. Wenn der Redner hierbei von italienischen Fraueninteressen sprach, so hatte er jedenfalls dabei die Interessen der bürgerlichen Frauenbewegung im Auge, denn unserer Ansicht nach wenigstens werden durch den ganzen Entwurf, überhaupt durch alle Schulangelegenheiten, die Frauen gerade als die ersten Stähler der Jugend in jedem Punkte und in der tiefgehendsten Weise berührt. Recht hatte der Redner d. h. das, wenn er es für die Pflicht der Frauen hielt, sich mit der neuen Schulvorlage eingehend zu beschäftigen, schon deshalb, weil die Frauen ihren Befähigungsnachweis zur Mitwirkung an Angelegenheiten der Öffentlichkeit nur dann erbringen können, wenn sie sich nicht nur um Fraueninteressen, sondern um die Interessen der Allgemeinheit kümmern. Wozu wir noch bemerken möchten, daß dies gerade der Hauptzweck ist, durch den die proletarische von der bürgerlichen Frauenbewegung unterscheidet. Hier handelt es sich immer nur um die Frau und ihre Rolle im Gegensatz zum Manne, dort aber, in der proletarischen Frauenbewegung, um die Erbringung gemeinsamer Rechte unter Mitwirkung beider Geschlechter.

Die Kritik, die Herr Sellberg an den einzelnen Bestimmungen des neuen Entwurfs übte, war eine durchaus berechtigte, brachte aber nichts wesentlich Neues. Charakteristisch für die freisinnige Oppositionsweise war es nur, daß der Redner zwar der Ansicht war, der Entwurf sei für unser ganzes öffentliches Wohl von so verhängnisvoller Bedeutung, daß er verdrängt, mit einem einzigen Strich des Bleistiftes aus der Welt geschafft zu werden, daß Herr Sellberg aber nicht die Kraft besaß, sich entschließen und entschlossenen Kampfes gegen die Vergeßlichkeit der Volksschule durch die konfessionelle Reaktion aufzufordern, sondern daß er nur in hoffnungslos resignativen der Ansicht Ausdruck gab, unter den heutigen Verhältnissen sei die Schaffung eines wirksamen, freisinnigen Schulgesetzes nicht zu erwarten, und man müsse schon froh sein, wenn wenigstens das bisherige Lohnabkommen auf dem Gebiete der Schulunterhaltungspflicht durch den Entwurf aus der Welt geschafft werde.

Die gleiche müde Resignation rang aus den Worten der Versammlungsleiterin heraus; sie habe nicht erwartet, daß sich an den Vortrag irgend welche Debatte knüpfen werde. Während schon die meisten der anwesenden Damen, die offenbar mit ihren Toilettenstudien schon längst zu Ende waren und sich sichtbar langweilten, sich zum Aufbruch rüsteten, hat die Vorsitzende schnell noch, einer Petition zustimmen, in der die ergebensten unterzeichneten Vereine dem hohen Hause der Abgeordneten ihr lebhaftes Bedauern" ausdrücken, daß durch § 28, Abs. 3, des Entwurfes zum Volksschulunterhaltungsgesetz die Frauen von der Teilnahme an der kommunalen Schulverwaltung ausgeschlossen worden sind; sie bitten, diesen Ausschluß durch eine zweckdienliche Änderung des § 28 zu beseitigen. Damit fand die „Protestversammlung" ihr Ende.

Eine geistige Sünde

Wirden die Breslauer Fabriken, deren Beaderung sich nun der Facharbeiter-Verband seit etwa 1 1/2 Jahren angeeignet hat. Die Statistik dieses Verbandes über die Gewerkschaft, deren sich die Mitglieder bedienen, bildet einen geradezu trostlosen Anblick. Dem betreffenden Verbande soll damit nicht zu nahe getreten werden. Er hat in der kurzen Zeit seines Bestehens für das materielle Wohl der Mitglieder wie auch für deren Bildung und Aufklärung geleistet, was er nur immer konnte, und die Erfolge sind anerkennenswert. Das Bild der Statistik zeigt nur die Verheerungen, die der Kapitalismus in den Arbeiterherden angerichtet hat, die nun durch die Organisation nur langsam wieder behoben werden können. Das hier entrollte Bild ist gewissermaßen das Seitenbild zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Fabriken, bei denen es ebenfalls jahrelanger Anstrengungen bedürfen wird, bevor sie auf das Niveau normaler Anforderungen gebracht worden sind.

Der Verband zählt zur Zeit bereits weit über tausend Mitglieder; dabei wurden insgesamt nur 468 Fragearten zurückgeliefert. Es rühren davon 331 von männlichen und 137 von weiblichen Mitgliedern her. Prozenzfuß im Vergleich zur Gesamtzahl der männlichen und der weiblichen Mitglieder betrachtet, zeigt dieses Verhältnis, daß die Männer sich hinsichtlich ihres Interesses an den inneren Vorgängen, die sich im Vereinsleben abspielen, von den Frauen beschämen lassen.

Das nähere Ergebnis ist folgendes: Von den männlichen Mitgliedern lesen:

Nur die „Volkswacht"	216
„Volkswacht" und „Morgen-Zeitung"	1
„Volkswacht" und „General-Anzeiger"	2
„Volkswacht" und „Gerichts-Zeitung"	1
„Volkswacht" und „Nach-Felerabend"	5
„Volkswacht" und „Hausfreund"	1
„Volkswacht", „General-Anzeiger" und „Gerichts-Zeitung"	1
„Volkswacht", „Gerichts-Zeitung" und „Nach-Felerabend"	1
„Volkswacht", „Nach-Felerabend" und „Berliner Illustrierte"	1
Nur die „Morgen-Zeitung"	4
Nur den „General-Anzeiger"	36
„General-Anzeiger" und „Gerichts-Zeitung"	1
Nur die „Gerichts-Zeitung"	3
Nur „Nach-Felerabend"	7

Gar keine Zeitung lesen 51 Kollegen! Dem Sozialdemokratischen Verein gehören bisher erst 41 Mitglieder an. Von den weiblichen Mitgliedern erklärt sich erst als der sozialdemokratischen Partei aus voller Ueberzeugung angehörig. Im übrigen sind die Jünger bezüglich der weiblichen Mitglieder recht interessiert und zum Teil für uns recht erfreulich. So figuriert die „Volkswacht" hier bereits mit 41 Leserinnen, wovon 32 noch unverheiratet sind, das heißt ohne direkten Einfluß von männlicher Seite, sich bereits von selbst zu unserem Werte hingezogen fühlen. „Der Unheimliche" von der Weidenstraße ist mit nur 21 Leserinnen angeführt. Das eröffnet uns für unsere fernere Agitation recht erfreuliche Aussichten, denn bisher waren es immer gerade die Frauen, die ihren Nebenmenschen gegenüber nicht vermissen zu können pflegten und ihn einer gediegene, auf die Erweiterung ihres Gesichtskreises hinwirkende politische Zeitung vorzuziehen.

Somit sind noch angeführt als Leserinnen von „Volkswacht" und „General-Anzeiger" . . . 1 der „Morgen-Zeitung" . . . 3 der „Gerichts-Zeitung" . . . 2 der „Berliner Illustrierten" . . . 1 Gar keine Zeitung lesen 48 Arbeiterinnen, von denen drei verheiratet sind.

Die Mitglieder des Verbandes werden von selbst begreifen, was die Statistik ihnen lehrt. Der Drang nach Bildung wird auch sie hoffentlich auf den Weg bringen, den die übrige Arbeitererschaft bereits gewandelt ist.

440/, Kilogramm Rohw., 208/, Kilogramm Marmorale, 60/, Kilogramm Malamehl, 61/, Kilogramm Rohw. und Gekochtes, 28/, Kilogramm Gewürz, 33 Kilogramm Marsipan und 30 Eier 28 Stück Eier.

Am 1. d. Jahresbilanz brauchen wir hier nicht eingehen, da dies in der „Volkswacht" als Interat veröffentlicht wird.

In der staatsmännlichen Jahresversammlung wurden gewählt Karl Wach als Geschäftsführer, Paul Wicke als Kassierer und Ernst Baat als Beisitzer. Folgend wird nun der Geschäftsführer aus der Wahl des Aufsichtsrats angeben hervor: J. Kligon, H. Horn, Fr. Günther, J. Volla und A. Klose.

Der Verband der Bauverwerthlichen Arbeiter hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung ab. Nach ob der Abrechnung für die Gewerkschaft und Kassaalkasse. Wir haben hierher bereits im Jahresbericht des Verbandes ausführlich berichtet. Es folgte darauf die Wahl der Ortsverwaltung, die lange Zeit in Anspannung nahm. Die angebotenen Beamten V. a. n. e. r. und M. a. h. o. l. wurden wiederausgewählt, beide für eine Amtsdauer von zwei Jahren. Als zweiter Vorsitzender Max Schelanski, zweiter Kassierer Paul, als Geschäftsführer Heinrich Schelanski, Revisionen: Mantel, G. o. a. c. h. und K. o. u. Als Gewerkschafts-Delegierte Max Wintler, Franz Müller, Max Schäfer, Schelanski, Schelanski und Schelanski. In Bauverwerthlichen-Schulungskommission-Delegierten Frank Ditt, Ditt, Karl Lauger, Brinke und Schäfer.

Langauer betraucht den vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einrichteten Arbeitsschwer. Dieser Arbeitsschwer enthält unbillige Zustände und fordert die Kraft offenbar heraus. Es wurde nötig worden, daß die Korporationen der Bauarbeiter, Zimmerer und Handwerksarbeiter zu der Sache Stellung nehmen. Ein weiterer Punkt betraf den Vorkauf der Holz etc. Die Gewerkschaft beschwerten sich, daß sie von den Arbeitern boykottiert werden, angeführt sei es der Fall, die Gewerkschaft haben die Arbeiter boykottiert und so sei es nur erklärlich, wenn jetzt die Arbeiter diese Sozialbestimmungen nicht brächten. Darauf müsse geachtet werden. Da Arbeiter, die zur Organisation halten, werden schon wissen, was sie zu tun haben. Das erwartete man von ihnen.

Die Stukateure beschäftigten sich in ihrer Mitglieder-Versammlung, die am Dienstag Abend im Gewerkschaftshaus stattfand, zunächst mit der Frage der Einführung von Arbeitsschutzunterstützung in ihrer Organisation. Aus dem Verbandstage, der am 1. d. Mts. in Leipzig stattfand, dürfte diese Frage wohl ihre endgültige Entscheidung finden. Die meisten Kollegen sind für die Einführung dieses Unterstützungszweiges und wünschen, daß der wöchentliche Beitrag auf 85 Pfg. festgesetzt wird. Bei der vorgenannten Wahl eines Delegierten zum Verbandstage wurde Kollege K. e. i. m. a. n. n. gewählt. So dann beschäftigte man sich mit einem neuen Lohnnach, der in diesem Jahre zur Durchführung gelangen soll. Es wird hierzu erforderlich eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden, die von 15. März bis 15. Oktober um 7 Uhr früh beginnen und um 5 1/2 Uhr Nachmittags enden soll. Im Winter beginnt die Arbeitszeit um 8 Uhr Morgens und endet um 6 Uhr Abends. Die üblichen Pausen bestehen aus einer halben Stunde zum Frühstück, und zu Mittag aus 1 1/2 Stunden im Sommer und einer Stunde im Winter. Die tägliche Arbeitszeit soll ferner im Winter bei früher tretender Dunkelheit vor der festgesetzten Zeit enden. Sodann wird eine Lohnerhöhung von 20 Prozent verlangt. Ueberstunden dürfen nur nach erfolgter Zustimmung der Schulungskommission gemacht werden. Für jedes selbst aufgetriebene Gewicht ist im ersten Falle 2 Mark und bei weiteren Fällen eine Mark zu vergüten. Bei Rummern über 24 Quadratmetern ist die Entschädigung eine entsprechende höhere. Hausflurgeräte sind unter 2 Mark überhaupt nicht anzustellen. Nach dem i. n. o. r. u. werden Gerüste von Stukateuren nicht mehr selbst gebaut. Bei Montagearbeiten ist das Fahrgeld brüder Klasse zu vergüten. Die Reisezeit ist in der entsprechenden Lohnhöhe zu entschädigen. Bei Arbeiten in den Wärdern ist ein Laufgeld von mindestens einer Mark pro Tag zu zahlen. Wiegt die Vertriebsweite über 5 Kilometer entfernt, ist pro Tag ein Reisgeld von 2.50 Mark, und zwar auch für Sonntag zu gewähren. — Die weiteren Verhandlungen waren in der Natur.

Die Maschinenarbeiter (Sektion des Holzarbeiterverbandes) tagten am 13. d. Mts. im „Kühlen Strand der Ober". Dem Vortrage des Kollegen Peckert über „Das Dreiklassenwahlsystem und die preussischen Arbeiter" folgten die Verlesungen mit aufmerksamen Interesse. Daraus beschäftigte man sich mit der Unfallstatistik. In diesem Zweck wurden alle Monate regelmäßig Fragebogen ausgegeben. Folgendes Resultat von einem Vierteljahr hat sich ergeben. In diesem Zeitraum sind 26 Mann verunglückt, von denen 23 verheiratet waren. Die Unfälle kamen in 14 Betrieben vor, welche zusammen 129 Arbeiter beschäftigten. Es sind somit 20 Prozent der Kollegen verunglückt. Die Unfälle ereigneten sich an folgenden Tagen: Montag drei Mal, Dienstag 3 Mal, Mittwoch 5 Mal, Donnerstag 4 Mal, Freitag 8 Mal, Sonnabend 3 Mal. In die Vormittagsstunden sollen 11 Unfälle, Nachmittags waren 11 zu verzeichnen. Am Jahresabschluss wird genau nachgewiesen werden, in welchen Arbeitsstunden sich diese ereigneten.

Von den Mächtern, an denen die Arbeiter verunglückten, ist die M. b. r. i. c. h. t. m. a. s. c. h. i. n. e. die gefährlichste. Es passierten in dieser 7 Unfälle, an der Sonntag 4, Fröse 5, Kreislage 3, Hobelmaschine 3. Vier Fälle sind bei Messerschneiden zu bemerken. Das nicht Unerfahrenheit der Arbeiter Schuld an diesen Unfällen trägt, beweist der Umstand, daß die Verunglückten im Durchschnitt schon 8.2 Jahre als Maschinenarbeiter tätig sind. Derbandszeug war überall zur Stelle. Von den 26 Unfällen hatten 16 Arbeitsunfähigkeit zur Folge. Zwei hatten gesunde Mitgliedern einbezogen. Die Schutzvorrichtungen waren drei Mal nicht vorhanden. Soweit der Bericht. Dieser soll uns in Zukunft die Ansicht der Gegner entkräften, die do meinen, die Arbeiter sind selbst an diesen Unfällen schuld.

Kaufmannsgesetz Klage der Klagen des Eisner gegen die Papierwarenfabrik von G. a. r. t. w. i. g. u. S. c. h. w. i. n. g. auf Gehaltsenthöhung für Februar und März mit je 175 Mark und Provisionsentschädigung, zusammen also auf etwa 180 Mark, weil er ohne Unterhaltung der Ründigungsfrist entlassen worden war. Der Kläger hat bekanntlich im Blumenberggrube keine besonders rühmliche Rolle gespielt. Sein Name und die vom Gericht festgestellten Vorstrafen liefen durch alle Blätter. Nun gibt die Firma an, er habe sich gegenüber der Ründigungsfrist als Kompagnon des Geschäftes bezeichnet. Eisner selbst behauptete, dies schon früher immer mit Wissen der G. i. r. m. e. n. t. i. a. b. e. r. g. e. t. a. n. zu haben, diese hätte dazu nur gesagt, er könne der Ründigungsfrist verzeihen, was er wolle, die Hauptsache sei, daß er viele Aufträge bringe. Die Entlassung war also erfolgt, weil sich die Firma jetzt, nach den Enthüllungen des genannten Prozesses durch den Herrn „Kompagnon" mit „kompromittiert" glaubte. Ein Urteil brauchte in der Sache nicht ergeben, da sich die Parteien dahin einigten, daß die Beklagte 300 Mark an Eisner zahlt.

Der plötzliche Tod des Bauverwerthlichen Vorstandes wird von der „Bresl. Morgenzeitung" in folgender geheimnisvoller Weise unter Verschweigung des Namens gebracht:

„In Pauken erregt der tragische Zusammenbruch einer alten und angelebten Baufirma bedeutendes Aufsehen. Diese Firma wurde vor Jahren von dem jetzt plötzlichen Verstorbenen Inhaber gegründet, einem fleißigen und intelligenten Manne, der in den weitesten Kreisen durch die soliden und geschickten Ausführungen zahlreicher größerer Bauten bekannt geworden ist. Insbesondere er-

noch zu tun sind mehrere Neubauten in der Schneidmühl- u. s. w. ...

Widener Mag. ... in Breslau hat erreicht, dass ...

An dem Bericht über die ... in der ...

Vertraute Unvorsichtigkeit. Am Abend des 28. ...

Unglücksfälle. Dem Krankenhaus der ...

Verurteilt wird seit dem 10. v. M. ...

Gründe. In einer der letzten Nächte brach ...

Wem gehören die Sachen? Am 24. v. M. ...

Das kommt davon! Ein Mann, der in der Nacht ...

Eltern, hütet eure Kinder! Am 12. v. M. ...

Tierstahl. In vergangener Nacht ...

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis ...

Wird wird der Vater des also ...

Ein Nachspiel des Schneidmühl Eisenbahn-Unterschleife-Prozesses.

Der der hiesigen Strafkammer ...

Heute wurde nun gegen Frau ...

Schlesienberg, 12. Februar. ...

Reinhardt O., 13. Februar. ...

Beuthen O., 12. Februar. ...

Königszell, 11. Febr. ...

Wiesla, 11. Februar. ...

Die Eröffnung des Hauptverfahrens ...

Ortsberg, 12. Februar. ...

Es man auch gegen den Inhalt ...

Die Schwach der Gefährdung ...

Aus Schlesien und Polen.

Ueber die Lage der Glasarbeiter im Riesengebirge ...

Die Schwach der Gefährdung ...

Die Eröffnung des Hauptverfahrens ...

Kleine provinzielle Nachrichten.

Verunlich infolge von vorläufiger Brandstiftung ...

Die Schwach der Gefährdung ...